

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Februar 1930

Gerüchte und Tatsachen.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Verzögerung der Beratung der Younggesetze ~~und die Ungewissheit~~, die dadurch für die weiteren Verhandlungen des Reichstages entstanden ist, hat einen günstigen Nährboden für politische Gerüchte geschaffen. Aus dieser Ursache erklärt sich auch der verstärkte Ansturm, der jetzt von der Rechtspresse auf die Reichsregierung, insbesondere den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und auf die Regierungsparteien unternommen wird. Ohne selbst ein Ziel zu haben, möchte man doch die vorhandenen Schwierigkeiten vergrößern und vor allen Dingen eine Verständigung über die innerpolitischen Finanzfragen verhindern.

Besonders deutlich kommt diese Absicht in der Berliner "Deutschen Allgemeinen Zeitung" zum Ausdruck. Sie behauptet, dass zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung eine Anleihe bei dem englischen Bankhaus Schröder beabsichtigt gewesen sei, obwohl dem Reich durch den Youngplan bis zum 1. April 1931 die Aufnahme einer ausländischen Anleihe verboten ist. Ebenso unrichtig wie diese Behauptung ist die Mitteilung, dass zwischen Zentrum und Sozialdemokraten Abreden getroffen seien mit dem Ziele, die Deutsche Volkspartei aus der Regierung herauszudrängen und eine "Gewerkschaftsregierung" zu errichten. Wenn das schwerindustrielle Blatt ungeheuer erbost ist, dass die Sozialdemokratie zum Ausgleich des Etats, zur Vornahme der Schuldentilgung und zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung auch die Heranziehung der leistungsfähigen Schichten durch ein "Notopfer" verlangt, so ist das bei seiner bisherigen Stellung nicht erstaunlich. Wie wenig sachliche Gründe dabei eine Rolle spielen, zeigt die Bemerkung, dass das Notopfer eine "Misswirtschaftsabgabe", eine "Notzuchtsteuer" sei.

Ebenso unberechtigt aber sind die Meldungen einiger Linksblätter, die in den politischen Verhandlungen machten langsame, aber doch unverkennbare Fortschritte und man sei auf dem Wege zur Einigung. Da in den letzten Tagen weder Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien, noch innerhalb der Regierung über die Finanzfragen stattgefunden haben, so liegt diesen Meldungen bisher kein tatsächlicher Anlass zugrunde. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer ist erst am Dienstag von einer Reise zurückgekehrt, sodass man annehmen kann, dass er sich frühestens im Laufe dieses Tages endgültig darüber schlüssig gemacht haben wird, welche Vorschläge er zur Deckung des Fehlbetrages im Haushalt 1930 dem Reichskabinetts unterbreiten wird. Eine Sitzung des Reichskabinetts ist für Donnerstag in Aussicht genommen.

Im Mittelpunkt der Finanzsanierung müssen Vorschläge über die Arbeitslosenversicherung stehen. Die ursprüngliche Absicht Dr. Moldenhauers, die Fehlbeträge für die Arbeitslosenversicherung ganz oder zum grössten Teil durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung aufzubringen ist auf erhebliche politische und sachliche Schwierigkeiten gestossen. Es ist bereits jetzt sicher, dass nur der kleinere Teil von 250 Millionen von der Sozialversicherung übernommen werden kann, wenn die angebahnte Einigung gelingt.

Die Aufbringung des Restes durch die Selbstfinanzierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist ungangbar, sodass immer wieder der Gedanke des Notopfers als Ausweg erwogen wird. Dass die Sozialdemokratie eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien ohne ein solches Notopfer nicht für möglich hält, ist von uns oft dargelegt worden. Aber auch im Zentrum stehen grosse Teile auf dem Standpunkt, dass die Lasten, die jetzt zur Deckung des Fehlbetrages des Reichsetats, und zur Abdeckung der schwebenden Schulden aufgebracht werden müssen, auf alle Schichten der Bevölkerung zu verteilen sind.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat sich bei früheren Gelegenheiten entschieden gegen derartige Absichten gewehrt. Er dachte lediglich an die Erhöhung von Verbrauchssteuern. Er sollte sich aber darüber klar sein, dass eine einseitige Aufbringung neuer Lasten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial gefährlich ist. Will er eine wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft und will er eine politische Verständigung, so wird er seine dem Kabinett zu unterbreitenden Vorschläge auf diese Ziele abstellen müssen.

SPD. Chemnitz, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium wurde im Dezember ein Kommunist zum besoldeten Stadtrat gewählt. Der Magistrat focht diesen Beschluss an. Das Verwaltungsgericht der Landeshauptmannschaft Chemnitz hat daraufhin die Wahl des Kommunisten zum Stadtrat am Dienstag für ungültig erklärt.

SPD. Meinungsverschiedenheiten zwischen Behörden waren noch nie eine Seltenheit und werden wahrscheinlich auch niemals zu einer grossen Seltenheit werden. Aber selten sind derartige Meinungsverschiedenheiten von einer gewissen Presse so ausgeschlachtet und zu diesem Zweck so verdreht worden, wie Differenzen, die sich in letzter Zeit zwischen dem Vizepräsidenten des Berliner Polizeipräsidiums Dr. Weiss und dem Kommandeur der Berliner Polizei Heimannsberg herausgestellt haben. Es handelt sich um Meinungsverschiedenheiten völlig interner und keineswegs unüberwindlicher Art, die zweifellos von einer Stelle im Berliner Polizeipräsidium bewusst und mit einer bestimmten Absicht in die Öffentlichkeit hinausgetragen worden sind.

Es verlohnt wirklich nicht sich im einzelnen mit den Vorgängen zu befassen. Die Dinge werden noch im Verlauf dieser Woche durch Polizeipräsident Zörgiebel geklärt bzw. aus der Welt geschafft werden und dann dürfte der Sturm im Wasserglase - denn um etwas anderes handelt es sich nicht - zum Leidwesen der Intriganten in- und ausserhalb des Berliner Polizeipräsidiums bald verfliegen. Vizepräsident Weiss und Kommandeur Heimannsberg bleiben was sie sind und wo sie sind. Weder der eine noch der andere wird versetzt, oder soweit es möglich wäre befördert. Was mit dem oder den Intriganten geschieht, ist zunächst Sache des Berliner Polizeipräsidenten bzw. des preussischen Innenministers.

SPD. Solingen, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

In Solingen, wo die Wahl eines Kommunisten zum Oberbürgermeister infolge Nichtbestätigung des kommunistischen Kandidaten illusorisch geworden ist, haben die bürgerlichen Parteien gegen das Zentrum beschlossen, nur einen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen. Daraufhin wurde zwischen Zentrum und Sozialdemokraten eine Verständigung auf der Grundlage herbeigeführt, dass die Sozialdemokratie den Oberbürgermeister stellen soll. Die Möglichkeit der Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten gewinnt damit an Wahrscheinlichkeit.

SPD. Schwerin, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der frühere Grossherzog Friedrich Franz der IV. von Mecklenburg-Schwerin will unter die Zeitungsverleger gehen. Er hat am Dienstag bei einer Zwangsversteigerung auf das frühere deutschnationale Organ in Mecklenburg-Schwerin, die Mecklenburger Nachrichten, ein Meistangebot in Höhe von 60 000 Mark abgegeben. Der Zuschlagstermin ist auf den 4. März vor dem Amtsgericht Schwerin festgelegt worden.

SPD. Paris, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Dienstag-Sitzung der Kammer begann in einer szenischen Aufmachung und in einer politisch derart überhitzten Atmosphäre wie sie Frankreich seit den Tagen des Kartells nicht mehr erlebt hat. Die Reaktion hatte im buchstäblichen Sinne des Wortes sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel von der Anrufung des lieben Gottes durch das "Echo de Paris" bis zur Mobilisierung ihres halbwüchsigen Anhangs zu einer Strassendemonstration vor dem Palais Bourbon in die Wagschale geworfen. Es gilt für die Rechten, den Beweis zu erbringen, dass die Linksparteien in der gegenwärtigen Kammer nicht regierungsfähig sind.

Die Sitzung begann um 3 Uhr nachmittags vor bis zum Bersten überfüllten Tribünen. Als erster Minister betrat Briand den Saal. Kurz nach ihm hielt Chautemps, von seinen Ministern und Staatssekretären gefolgt, seinen Einzug. Der Beifall der Linken war warm, aber nicht übertrieben. Die Linke wollte offenbar jeden theatralischen Effekt vermeiden wie es Chautemps selbst bei der Regierungserklärung tat, die rein durch ihren sachlichen Inhalt wirken sollte. Umso theatralischer wirkte der Einzug Tardieus, der einige Minuten nach dem Ministerium elastischen Schrittes in den Saal einmarschierte, von einem ohrenbetäubenden Beifallsgetöse der Rechten begrüsst.

Die Regierungserklärung befasst sich zunächst mit den unmittelbar aktuellen Aufgaben, die sich durch die einzelnen Konferenzen von London und Genf für die Regierung ergeben. Sie werde in London an den Prinzipien des letzten französischen Memorandums über die Flottenfrage und an den prinzipiellen Erklärungen, die ihre Vorgänger abgegeben haben, festhalten, sich jedoch bemühen, eine Einigung der Mächte über die von allen herbeigesehnte Abrüstung der Seestreitkräfte herbeizuführen. Auf innerpolitischem Gebiet sei die dringendste technische Aufgabe die Erledigung des Budgets bis zum 31. März durch beide Kammern. Die Regierung werde, ohne das Gleichgewicht des Budgets in Frage zu stellen, alle berechtigten Forderungen über die Erhöhung der Beamtgehälter und Pensionen, über die Veteranenrenten der einstigen Kriegsteilnehmer zu erfüllen trachten. Desgleichen werde sie alles tun, um die Wirtschaftslage des Landes zu befestigen und durch eine Politik der progressiven Steuererleichterungen die Krisisse der Landwirtschaft und der Industrie zu beheben. Sie werde Mittel flüssig machen, um die geplanten Massnahmen zur Hebung und Förderung des Wirtschaftslebens durchzuführen und um insbesondere der schwergeprüften Landwirtschaft durch Kredithilfen beizuspringen. Der arbeitenden Klasse gegenüber übernehme die Regierung die feierliche Verpflichtung, das Gesetz über die Sozialversicherungen bis zum 1. Juli ins Leben treten zu lassen.

Das in Aussicht genommene Amnestiegesetz solle bald in Kraft treten. Es werde nicht auf das Elsass beschränkt bleiben, sondern von Fall zu Fall auch auf andere politische Vergehen angewandt werden.

Schliesslich betont Chautemps, dass die von der Linken seit Jahren betriebene Politik des Friedens, die nunmehr die einmütige Unterstützung der gesamten Nation gefunden habe, getreu den Prinzipien des Völkerbundspaktes und des Genfer Protokolls mit Energie und Vertrauen weiterbefolgt werden solle. Als die nächsten Konsequenzen dieser Politik werde die Regierung in Kürze Gelegenheit haben, die beiden Kammern zur Ratifizierung des Youngplanes und des Gesetzes

über den Beitritt Frankreichs zur obligatorischen Schiedsgerichtsklausel aufzufordern.

Die Linke nahm die Erklärungen Chautemps mit Beifall auf. Als erster Debatteredner ergriff Abg. Paul Reynaux vom rechten Zentrum das Wort.

SPD. Wien, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Nationalrat nahm am Dienstag das Haager Übereinkommen und den Schiedsgericht- und Freundschaftsvertrag mit Italien einstimmig an.

Vor der Abstimmung erklärte der sozialdemokratische Abg. Dr. Ellenbogen zu dem Vertrag mit Italien, dass seine Fraktion für diesen Vertrag stimmen werde, weil sie alle Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte beigelegt zu sehen wünsche. Immerhin sei der Sozialdemokratie eine Zustimmung möglich, weil der Vertrag Österreich nicht in die reaktionäre Staatenkombination einbeziehe, an deren Spitze Italien heute stehe. Eine solche Einbeziehung in die italienisch-ungarische Entente würde den Interessen und den Gefühlen des österreichischen Volkes widersprechen. Die Sozialdemokratie würde sie deshalb mit aller Kraft bekämpft haben. Die Abstimmung der Sozialdemokratie müsse aber auch noch in anderer Hinsicht gegen jede Missdeutung geschützt werden. Die österreichische Sozialdemokratie sei und bleibe durch die starken Bande der Solidarität mit der italienischen Arbeiterschaft und der italienischen Demokratie verknüpft, die unter dem Joch des Faschismus schmachteten. Die Sozialdemokratie werde nie darauf verzichten, das Gewissen der Welt gegen die Knebelung und Entnationalisierung der Deutschen in Südtirol wachzurufen. Wenn die Sozialdemokratie für das Prinzip stimme, dass alle internationalen Streitigkeiten nicht durch Gewalt, sondern durch Recht entschieden werden sollen, so gebe sie sich doch keiner Täuschung darüber hin, dass die Gewalt in den Beziehungen zwischen den Völkern erst ausgemerzt werden würde, wenn in jedem Lande der Welt nicht faschistische Gewalt, sondern demokratisches Recht herrsche.

SPD. Leipzig, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Dienstag ein Prozess wegen Verrates militärischer Geheimnisse. Angeklagt sind der 24 Jahre alte Techniker Adolf Grosse, dessen Bruder, der 21 Jahre alte Techniker Erwin Grosse und der 43 jährige Vertreter Willi Adamzik sämtlich aus Berlin. Nach dem Eröffnungsbeschluss sollen alle drei in der Zeit von Mitte September 1928 bis Februar 1929 Schriften, Zeichnungen und Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, in den Besitz und zur Kenntnis einer anderen Person, die sie einer fremden Macht (Russland) ausgeliefert hat, übermittelt haben. Rudolf Grosse ist ausserdem noch wegen Diebstahls, Erwin Grosse wegen wissentlicher Beihilfe angeklagt.

Rudolf Grosse wurde am 9. Juli 1905 in Berlin-Lichtenberg geboren, lernte Schlosser, besuchte die Städtische Maschinenbauschule und war dann als Zeichner und Konstrukteur tätig. Er arbeitete im Jahre 1925 u. a. in der Waffenfabrik Suhl in Thüringen und war vom 15. September 1928 bis Ende Februar 1929 bei der Firma Rheinmetall in Düsseldorf, die u. a. auch Waffen an die Reichswehr liefert, im Konstruktionsbüro beschäftigt. In dieser Stellung soll Rudolf Grosse sich des Verrates militärischer Geheimnisse schuldig gemacht haben. Erwin Grosse soll seinem Bruder bei den strafbaren Handlungen Beihilfe geleistet haben. Der Angeklagte Adamzik wurde am 23. April 1886 in Berlin geboren, war von Beruf Schlosser und bis zum Jahre 1927 in der Autobranche tätig. Durch Vermittlung eines gewissen Werner erhielt er eine Vertretung. An diesen Werner, der angeblich ein russischer Agent ist, soll Adamzik die Mitteilungen des Grosse weitergegeben und dafür Geld erhalten haben. Adamzik ist seit 1920 Mit-

glied der KPD und zwar Kassierer der Roten Hilfe.

Wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und der Staatssicherheit wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Das Urteil ist nicht vor Freitag zu erwarten.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss und der Haushaltsausschuss des Reichstages führten am Dienstag in gemeinsamer vertraulicher Sitzung die Beratung über das Polenabkommen zuende. Die Abstimmung soll am Schluss der gesamten Beratungen zugleich mit den übrigen Liquidationsabkommen und dem Youngplan erfolgen. Damit dürfte sich die Abstimmung nach Lage der Dinge bis Ende dieser Woche verzögern.

SPD. Bern, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Schweizer Bundesversammlung hat am Dienstag die Gesetze über den Sitz der Reparationsbank in der Schweiz gegen die Stimmen der beiden Kommunisten angenommen.

Im Nationalrat bedauerte die Sozialdemokratische Fraktion, dass sich die Schweiz veranlasst gesehen habe, den Beamten der Reparationsbank Steuerfreiheit zuzugestehen. Sie erbat von der Regierung bestimmte Zusicherungen der Art, dass die Valuta der Schweiz durch das Arbeiten der Reparationsbank in keiner Weise gefährdet werde.

SPD. Paris, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Fortsetzung der Kammersitzung:

Reynaux erklärt, Tardieu sei nur über einen Zufall gestürzt. Gegen das Kabinett Chautemps wendet er ein, dass zwischen Sozialisten und Radikalen ein unüberbrückbarer Gegensatz in zahlreichen inner- und aussenpolitischen Fragen bestehe. Die Radikalen hätten Tardieu einen Dolchstoß versetzt, während er in London verhandelt habe. Nun erklärten sie selbst, die Tardieu'sche Flottenpolitik fortsetzen zu wollen. Léon Blum aber erklärte im "Populaire" das Gegenteil. Eine Regierung von so paradoxen Aufbau könne nicht bestehen bleiben. Die Abstimmung müsse eine klare innerpolitische Entscheidung bringen.

Der Kommunist Cachin erklärt, die Regierung Tardieu sei vom Anfang bis zum Ende Bluff gewesen. Die Kommunisten würden Chautemps aber auch bekämpfen, weil er aussenpolitisch die gleiche imperialistische und antisowjetistische Politik betreibe und innenpolitisch den Feldzug gegen den Kommunismus fortsetzen wolle. Der dritte Interpellant, der reaktionäre Abg. Soulier verzichtet auf das Wort mit der Begründung, dass "die Minuten der Kammer teuer, die der Regierung aber ohnehin gezahlt seien".

Der Abg. Labroue von der Gruppe der radikalen Linken, die durch mehrere Minister und Unterstaatssekretäre in der Regierung vertreten ist, spricht gleichfalls gegen die Regierung und verurteilt die Haltung seiner Fraktionsgenossen, die von Chautemps Portefeuilles angenommen hätten ohne von der Fraktion dazu bevollmächtigt gewesen zu sein. Schliesslich bemängelt auch er den paradoxen Aufbau der Regierung. Die Sozialisten unterstützten sie ohne in ihr vertreten zu sein, die radikale Linke sei in ihr vertreten, wolle sie aber in ihrer Mehrheit nicht unterstützen. Die Person Briand's ausgenommen, die über jeder Parteipolitik erhaben sei, sei die Regierung Chautemps eine Partei- und Kampfregerung und müsse dementsprechend bekämpft werden.

Ministerpräsident Chautemps, der nach Labroue sofort die Tribüne bestiegt, wendet sich gegen die Anschuldigungen, dass das Kabinett innere Widersprüche hinsichtlich seines Programmes aufweise. Auf aussenpolitischem Ge-

biet fühle er sich mit Briand vollkommen einig. Frankreich sei zu jedem Opfer bereit, würde aber nicht soweit gehen, seine eigene Sicherheit zu gefährden. Die Bezeichnung "neues Kartell" müsse er für seine Regierung ablehnen, da er den Sozialisten gegenüber keinerlei Bindung eingegangen sei und sich mit ihnen überhaupt erst ins Einvernehmen gesetzt habe, nachdem sein Kabinett bereits fertiggestellt gewesen sei. Was die innenpolitischen Fragen angehe, die Sozialversicherung, das Recht auf den Streik, so habe seine Meinung nie geschwankt. Hinsichtlich der Finanzpolitik begnüge er sich vorläufig mit der Feststellung, dass seine Politik der des letzten Finanzministers genau entgegengesetzt sei. Die Finanz- und Steuerpolitik des Landes, seine fiskalische Gesetzgebung müsste den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden.

Chautemps bezeichnete dann die Doppelzüngigkeit der Rechtsparteien, die noch vor einigen Wochen den Sturz Tardieus als Verrat an den nationalen Interessen gebrandmarkt hätten und jetzt alles daran setzten, das kaum ins Leben gerufene Kabinett, unbekümmert um alle innen- und aussenpolitischen Schwierigkeiten aus dem Sattel zu heben. Wenn man ihm vorwerfe, dass sein Programm dem seines Vorgängers fast aufs Haar gleiche, so liege die Schuld nicht an ihm, sondern an Tardieu, der erst vor wenigen Monaten auf der Tribüne der Kammer offen zugegeben habe, dass er den grössten Teil seiner Reformvorschläge dem Programm der Linken entnommen habe. Chautemps wandte sich schliesslich an die republikanischen Mittelgruppen, von deren Stimmen das Schicksal der Regierung abhängt, und die sich darüber klar sein müssten, dass sie durch die Zuspitzung, die der Kampf angenommen habe, vor die Alternative gestellt seien, zwischen rechts und links endgültig zu wählen.

Léon Blum bestätigte Chautemps Erklärungen, dass sein Kabinett sich von den früheren Kartell-Kabinetten sehr wesentlich unterscheidet und zwischen der bürgerlichen Linken und den Sozialisten diesmal keinerlei Beziehungen bestehen. Die sozialistische Fraktion könne sich weder mit der Doktrin noch mit dem Programm der neuen Regierung befreunden. Wenn sie sich trotzdem entschlossen habe, das Ministerium zu unterstützen, so sei dies geschehen, weil der Sozialismus es zur Pflicht gemacht habe, die Demokratie und die Republik zu verteidigen und niemals gefehlt habe, wenn sich die parlamentarischen Institutionen in Gefahr befänden. Chautemps habe durch seine Erklärung eine reinliche Scheidung der Geister herbeigeführt. Er habe sich unzweideutig zur Linken bekannt. Deshalb, und um einem neuen Kabinett der Reaktion den Weg zu versperren, stimme die sozialistische Fraktion für das Kabinett.

Damit war die Debatte beendet. Man schritt zur Abstimmung.

SPD. Chemnitz, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Limbacher Stadtparlament riefen Nationalsozialisten und Kommunisten grosse Tumulte hervor. Die Sitzung musste schliesslich geschlossen werden. Die Rowdys zogen dann in Trupps demonstrierend durch die Stadt, wobei es zu Tätlichkeiten kam. Da die Ortspolizei der Demonstranten nicht Herr werden konnte, wurde ein Überfallkommando aus Chemnitz herbeigerufen. Es stellte die Ruhe wieder her. Bei einer Leibesvisitation der Demonstranten wurden zahlreiche Dolche, Stahlruten, Schreckschusspistolen und andere gemeingefährliche Waffen gefunden.

SPD. Dresden, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der von der sächsischen Wirtschaftspartei als sächsischer Ministerpräsident vorgeschlagene Präsident des sächsischen Staatsrechnungshofes Schieck gehört dem Vorstand der Deutschen Volkspartei Sachsens an, ist aber politisch wenig hervorgetreten. In seiner Eigenschaft als Präsident des Staatsrechnungshofes zog Schieck in letzter Zeit gegen das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium

zu Felde, dem er vorwarf, bei der Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen nicht richtig gewirtschaftet zu haben. Er musste sich dann aber nachweisen lassen, dass die Zahlen, die er als Unterlagen benutzte, nicht richtig waren. Vor einiger Zeit veröffentlichte Schieck eine Denkschrift über die sächsische Verwaltungsreform. Seine Vorschläge zielten vor allem darauf ab, den Einfluss der Beamtenbürokratie auf Kosten der Minister und des Parlaments zu stärken.

Der volksparteiliche Kandidat der Wirtschaftspartei hat also bewiesen, dass er sich als Ministerpräsident für ein Kabinett mit einem reaktionären und volksfeindlichen Kurs durchaus eignen würde.

SPD. London, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer Fabrik in Luton in der Grafschaft Bedfordshire, die 150 Arbeiter beschäftigt, brach am Dienstag kurz nach Beginn der Arbeitszeit ein Brand aus, der mehreren Arbeitern das Leben kostete. Da das Gebäude bereits wenige Minuten nach dem Ausbruch des Feuers in Flammen gehüllt war, war die Rettung der in den oberen Stockwerken arbeitenden Personen nur mit grossen Schwierigkeiten zu bewerkstelligen. Zahlreichen Arbeiterinnen war infolge der schnellen Ausbreitung des Feuers der Rückweg durch die Notausgänge abgeschnitten, was zu panikartigen Szenen führte.

Die Anzahl der Toten und Verwundeten ist noch unbekannt. Man vermutet jedoch, dass mindestens vier Arbeiterinnen in den Flammen umgekommen sind.

SPD. Die Regierung hat dem Reichstag eine Anleihedenkschrift zugeleitet, nach der sich die Reichsschuld in der Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 31. März 1929 um 334 Millionen auf 7,994 Milliarden Mark erhöht. Die Schuld trägt den Stempel der Zwangsläufigkeit. Beteiligt sind u. a. die Kriegsschuldensbuchforderungen, Schatzanweisungen, die verschiedenen Reichsanleihen und vorübergehende Kredite zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse.

SPD. London, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der in London herrschende Pessimismus über den weiteren Verlauf der Flottenkonferenz hat die englische Regierung zu der Veraltubarung veranlasst, dass die Delegierten keinerlei Anlass hätten, an dem schliesslichen Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den fünf Mächten zu zweifeln. Die Frage eines Dreimächte-Abkommens sei zwischen England, Amerika und Japan niemals aufgeworfen worden, würde aber auch von der britischen Regierung im Hinblick auf die Arbeiten in Genf keineswegs günstig beurteilt werden. Irgendwelche offiziellen Verhandlungen bezüglich eines politischen Paktes hätten zwischen den Mächten übrigens nicht stattgefunden.

SPD. Der geschäftsführende Direktor der Thyssen-Werke erklärte im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren der Oberreichsanwaltschaft, dass seine Firma während des Krieges Stacheldraht an die deutsche und österreichische Heeresverwaltung überhaupt nicht geliefert habe. Die Lieferung von Infanterieschutzschilden an die nolländische Regierung wird dagegen bestätigt. Die Lieferung sei jedoch im vollen Einvernehmen mit dem Kriegsministerium in Berlin erfolgt. Alle Einzelheiten der Lieferung und die Preisberechnung wären vorher mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbart worden. Deutschland habe an holländischen Gegenlieferungen ein Interesse gehabt. Eine Äusserung darüber,

dass die deutschen Infanterieschutzschilder von holländischen Firmen an die damaligen Kriegsgegner weiter veräussert worden sind, enthält die Erklärung nicht.

Die Firma Krupp hat sich sachlich zu den gegenseitig erhobenen Vorwürfen bisher nicht geäußert. Noch viel weniger hat der damalige Direktor der Krupp-Werke Hugenberg bis jetzt daran gedacht !

SPD. Riga, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

In Odessa wurden am Dienstag drei Techniker wegen angeblicher Sabotage bei dem Aufbau der Kollektivwirtschaften zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde ausgesprochen, um den staatlichen Beamten "ein abschreckendes Beispiel" zu geben.

SPD. Weimar, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Landesbeamtenausschuss der Deutschen Volkspartei in Thüringen hat sich inzwischen ebenfalls, wenn auch reichlich spät, mit der Massregelung des Studiendirektors Dr. Siefert durch den Putschisten Frick beschäftigt und seine Auffassung zu dieser putschistischen Amtshandlung in einer Entschliessung niedergelegt, in der es u. a. heisst :

"Der Aufruf der Hitlerjugend gegen den Young-Plan, an dem sich der Bund der "Adler und Falken" beteiligte, enthält eine unerhörte Beschimpfung der Reichsregierung und beseitigt jeden Zweifel an der gesetzlichen Verpflichtung der Schulleiter, die Teilnahme an dieser Veranstaltung zu verbieten. Auch besteht aller Anlass, die Jugendbünde, die an der Ankündigung beteiligt seien, für wohlunmündige Schüler zu verbieten. Der Landesbeamtenausschuss erwartet von der Fraktion der Deutschen Volkspartei parlamentarischen Schutz für Beamte, die treu ihrem Dienst eid handeln."

Siefert stürzte bekanntlich darüber, dass er sich weigerte, einer Forderung des Putschisten Frick zu entsprechen und das von ihm für die von ihm geleitete Schule ausgesprochene Verbot des Bundes "Adler und Falken" aufzuheben. Siefert darf zwar wieder in sein Amt zurückkehren. Die auf Veranlassung des Putschisten Frick erfolgte Aufhebung des Verbots ist bisher jedoch nicht rückgängig gemacht worden.

SPD. Athen, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf der Insel Mytilene, wo ein grosser Teil der ansässigen Tabakarbeiter seit Monaten ohne Arbeit ist, versuchten am Dienstag kommunistische Elemente in das Rathaus der Stadt Mytilene einzudringen. Das Ziel der Aktion lief darauf hinaus, die Freilassung mehrerer Kommunisten zu erzwingen. Gleichzeitig wurden die Gefängnisse gestürmt und alle Gefangenen befreit. In den Dörfern der Insel soll es nach den hier vorliegenden Meldungen zu ähnlichen Ausschreitungen gekommen sein. Die Polizei vermutet eine von kommunistischer Hand grosszünftig vorbereitete Aktion.

SPD. Paris, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Chautemps blieb bei der gegen 10 Uhr abends erfolgten Abstimmung mit 11 Stimmen in der Minderheit. Für die Regierung stimmten 271 Abgeordnete, dagegen 282.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 25. Februar (Big. Bericht)

Am Dienstag wurde im Reichstag die Beratung der Gesetzentwürfe über die Verlängerung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes fortgesetzt.

Die Debatte begann mit einigen saftigen Grobheiten des Reichsjustizministers v. Guérard gegen den Wirtschaftsparteiler Dr. Jörissen, dem er u.a. bewusste Demagogie vorwarf. Der wirtschaftsparteiliche Redner hatte dem Reichsjustizminister die Einsichtnahme in sein unkorrigiertes Stenogramm verweigert. Darum war v. Guérard auf Zeitungsmeldungen und sonstige ungenaue Berichte angewiesen. Der Reichsjustizminister polemisierte mit einer sonst nicht an ihm gewohnten Heftigkeit gegen den Wirtschaftsparteilichen Redner. Man spürte die politische Konkurrenz zwischen Zentrumsparlei und Wirtschaftspartei. V. Guérard erklärte, dass eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde auch die Wirtschaft nicht heben, weil es nun einmal an Baukapital fehle. Der Wirtschaftspartei fehle jedes Verständnis für den Schutz der Mieter.

Dann sprach als Parteiredner des Zentrums der Abg. Tremmel, der beteuerte, dass seine Partei gegen jede Sozialisierung des Wohnungsgesetzes sei und noch mehr Eigenheime schaffen wolle. Mit Rücksicht auf die $3\frac{1}{2}$ Millionen Erwerbslosen seien aber Mietserhöhungen unmöglich. Daher sei jetzt an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht zu denken. Wenn man nach den Anträgen der Kommunisten und der Wirtschaftspartei die Hauszinssteuer aufhebe, würden nicht mehr halb soviel Wohnungen gebaut werden können wie jetzt. Tremmel kündigte an, dass seine Partei für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eintreten werde, so bald dies angängig sei, je doch dann mit entsprechenden Uebergangsbestimmungen.

Der demokratische Abg. Büll verwies darauf, dass die Hauszinssteuer für die Hausbesitzer bei weitem nicht eine so starke Belastung sei wie vorher die Hypothekenzinsen. Der Abg. Behrens von der Volkskonservativen Vereinigung warnte ebenfalls vor einer übereilten Beseitigung der Mieterschutzgesetze. Der Nationalsozialist Wagner trat in die Konkurrenz gegen die Wirtschaftspartei mit der Behauptung ein, bei den Nationalsozialisten seien vielleicht mehr Hausbesitzer als bei der Wirtschaftspartei. Er verlangte, dass aus der Hauszinssteuer insbesondere Kleinwohnungen für Minderbemittelte hergestellt würden. Die Vorlagen und Anträge wurden dem Wohnungsausschuss überwiesen.

Das Haus trat dann in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Bergmannsiedlungen ein. Es sind im Laufe des letzten Jahrzehnts etwa 35 Bergmannsiedlungen aus der Kohlenabgabe gezahlt worden. Zahlreiche Zechen und Braunkohlengruben haben die Rückzahlung der von ihnen aufgebrauchten Kohlenabgaben verlangt und die Weiterzahlung der Abgabe verweigert mit der Begründung, dass der Reichskohlenrat nicht das Recht hatte, eine solche Abgabe anzuordnen. Diese Rechtsauffassung ist durch das Reichsgericht bestätigt worden. Um auch fernerhin die Kohlenabgabe zu sichern, soll jetzt das zur Beratung stehende Gesetz verabschiedet werden.

Es sprachen im Plenum nur der Kommunist Jaddasch und der Sozialdemokrat Janschek. Dieser wies nach, mit welcher Unkenntnis die Kommunisten im Ausschuss Anträge gestellt haben. So verlangten die Kommunisten u.a., dass die Bergleute Eigenheime mit 25 v.H. Anzahlung auf den Anschaffungspreis erhalten sollten. Janschek belehrte sie dahin, dass jetzt schon die Bergarbeiter nur etwa zehn Prozent des Baupreises als Anzahlung zu erstatten haben. Ferner beantragten die Kommunisten, dass die Siedlungen in den Besitz der Gemeinden übergehen sollten. Auch das würde eine schwere Schädigung der Bergarbeiter bedeuten. Jetzt erhalten die Bergarbeiter die Heime zu etwa ein Drittel des Preises, den Grundstück und Baukosten zusammen ausmachen. Wenn die Gemeinden bei ihrer finanziellen Notlage diese Siedlungen übernehmen, ist nicht daran zu denken, dass sie den Bergarbeitern zu einem so niedrigen Preise die Wohnungen überlassen werden. Man müsse ja daran denken, dass beinahe überall eine bürgerliche Mehrheit auch in den Bergbauorten vorhanden ist.

Der Gesetzentwurf wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Nach einer kurzen Geschäftsordnungs-Debatte wurde das Republikschutzgesetz von der Tagesordnung der Mittwochsitzung abgesetzt. Es wäre ohnehin unmöglich gewesen, dieses Gesetz am Mittwoch zu beraten, da die Tagesordnung mit der Beratung der Reichshaushaltsordnung ausgefüllt ist. Der Aeltestenausschuss wird am Mittwoch beraten, an welchen Tagen das Parlament in den nächsten Tagen versammelt ist und wann das Republikschutzgesetz zur Behandlung kommt.

SPD, Gehf, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Studienkommission für die Angleichung des Völkerbundsvertrages an das Angriffskriegsverbot des Kelloggpaktes trat am Dienstag zusammen und hielt gleich zwei öffentliche Sitzungen ab, in deren Verlauf man nach einer kurzen allgemeinen Aussprache mit der ersten unverbindlichen Lesung der von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Zusätze zu den betreffenden Artikeln des Völkerbundsvertrages begann.

Mehrere Staaten haben Denkschriften zu dem Thema der Ausschussarbeit eingereicht, darunter Deutschland, Frankreich und Polen, während andere Staaten, zumal die skandinavischen Staaten, Griechenland und England fertige Aenderungsvorschläge zu den in Betracht kommenden einzelnen Artikeln des Völkerbundsvertrages schriftlich vorgeschlagen haben. Während die deutsche Denkschrift auf dem Prinzip beruht, dass das Kriegsverbot des Kelloggpaktes in den Völkerbundsvertrag nur einbezogen werden könne, wenn gleichzeitig ein entsprechender Ausbau der Kriegsverhütungs- und Schiedsgerichtsbestimmungen erfolgt, wird in der französischen und in der polnischen Denkschrift grosser Wert auf eine Ausdehnung der Sanktionsverpflichtungen gelegt. Polen sowie Frankreich verlangen weiter, dass durch ein Kriegsverbot auf keinen Fall eine Einschränkung des Rechts der Staaten auf Selbstverteidigung erfolgt, während Deutschland Wert darauf legt, dass die Selbsthilfe zugunsten der kollektiven Völkerbundsaktion eingeschränkt oder beseitigt wird.

Der italienische Völkerrechtler Scialoja, den sich die Kommission zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, gab einleitend bekannt, dass von den 54 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes 48 gleichzeitig den Kelloggpakt unterzeichnet haben und auf der anderen Seite von den Unterzeichnern des Kelloggpaktes 8 Staaten nicht Mitglieder des Völkerbundes seien. Aus dieser Tatsache ergebe sich eine gewisse Schwierigkeit für die Angleichung der beiden Verträge. Die Kommission beschloss, ihre Aufgabe so aufzufassen, dass sie sowohl die Frage zu prüfen habe, ob überhaupt eine tragbare Aenderung des Völkerbundsvertrages im Sinne des Kelloggpaktes vorgenommen werden könne sowie in welcher Weise diese Aenderung zu geschehen habe.

Im Verlauf der Debatte präzisierten die einzelnen Mitglieder der Kommission ihre Standpunkte, wobei sich ergab, dass Lord Cecil im Gegensatz zu der Mehrheit der Kommission, die mit Frankreich und Deutschland einen organischen Ausbau der Völkerbundssatzung wünscht, nur recht wenige rein redaktionelle Aenderungen der sich mit dem Krieg beschäftigenden Artikel zulassen will. Abstimmungen erfolgten noch nicht. Man betrachtet die jetzige Debatte als eine erste Lesung, die ohne Beschlüsse zeigen will, wo und wie man sich einigen kann.

Blößen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Hitlerstaat im Werden.

SPD. Die Hakenkreuzler wollen nicht länger darauf warten, dass die deutsche Republik in das dritte Reich verwandelt werde. Sie ziehen deshalb ihr drittes Reich ganz privatim für sich selbst auf. Herr Hitler hat bereits für sein Reich die Buch- und Presszensur eingeführt, Herr Goebbels hat für das dritte Reich den Partikularismus der Hakenkreuzgaue erfunden. Weil der von ihm geführte Gau Berlin unter finanziellen Schwierigkeiten leidet, ist Goebbels auf ein geniales Auskunftsmittel verfallen. Er will eine sogenannte Kampfschatzmarke einführen. Kein Hakenkreuzler soll künftig eine Postsache aufgeben, ohne neben die Reichsbriefmarke eine Hakenkreuzbriefmarke geklebt zu haben. Seine Propagandaabteilung teilt mit :

"Der Gau Berlin hat sich entschlossen, in allernächster Zeit Kampfschatzmarken herauszugeben. Als bescheidenen Anfang eine Serie von drei Stück zu $\frac{1}{2}$, 1 und 2 Rentenpfennig. Keine Postsache ohne Kampfschatzmarke wird unsere Lösung sein. Und diese Lösung werden wir als Aufruf zur Erfüllung einer Anstandspflicht weitergeben an alle uns erreichbaren Deutschen. Je unermüdlicher wir werben, desto schneller kommt der Tag, an dem aus unserer Kampfschatzmarke die Briefmarke des dritten Reiches wird."

Die Einrichtungen des famosen dritten Reiches werden bereits verteilt. Hitler hat die Zensurbehörde, Goebbels die Briefmarke. Damit hat sich Goebbels beizeiten ein partikularistisches Reservatrecht, so eine Art Postregal für den Gau Berlin im künftigen Hitlerreiche zugelegt!

Was die Hitlerzensur enthüllt.

Das Programm der Nationalsozialisten verfasst von Feder sagte auf Seite 29: "Wir verzichten auf keinen Deutschen im Sudetendeutschland, in Südtirol, in Polen, in der Völkerbundskolonie Österreich." Dieser Satz fand sich in der ersten bis vierten Auflage der Druckschrift. In der fünften Auflage aber heisst es an der gleichen Stelle: "Wir verzichten auf keinen Deutschen in Sudetendeutschland, in Elsass-Lothringen, in Polen, in der Völkerbundskolonie Österreich." Die Worte in Südtirol sind durch die Hitlersche Zensur aus dem Programm stillschweigend entfernt worden. Woraus man den Schluss zu ziehen hat, dass Herr Hitler auf die Deutschen in Südtirol zu verzichten gedenkt.

Fix, fixer, am fixesten.

Dass die nationalsozialistische Presse über eine Hakenkreuzpropagandaversammlung bereits am Morgen desselben Tages berichtet hat, an dessen Abend die Versammlung erst stattfinden sollte, das ist schon dagewesen. Das ist eben die journalistische Fixigkeit, wie man sie bei den Leuten vom Hakenkreuz auffasst.

Diese Fixigkeit hat inzwischen eine Steigerung erfahren, die nicht mehr überboten werden kann. In dem von Manfred v. Killinger redigierten sächsischen Beiblatt des Strasser'schen Organs wird über eine Versammlung berichtet, die Strasser in Rochlitz in Sachsen gehalten hat. Wie es war, wie viele kamen, wie er sich räusperte und wie er spuckte, alles wird getreulich referiert. Das Blatt ist datiert vom 23. Februar - die Versammlung aber datiert vom - 15. März! Wahrscheinlich, wir haben uns nicht versehen. Unterm 23. Februar wird über eine Strasser Versammlung vom 15. März berichtet. Nun fragen wir nur noch: Vom 15. März des vergangenen Jahres oder vom kommenden 15. März des laufenden Jahres?

Die Judenhemden.

In der nationalsozialistischen Presse inserierte ein gewisses Sporthaus Scharnhorst in Hamburg Braunhemden für Hitlerleute. Es wurde öffentlich festgestellt, dass dieses Sporthaus von einer Firma Cohn beliefert wurde. Der oberste SA-Führer der Nationalsozialisten in München - Osaf ist sein amtlicher Titel liess darauf hin vor diesem Sporthaus warnen. Was war die Folge? In der neuesten Nummer des illustrierten Beobachters, also des Blattes der Zentraleitung der Nationalsozialisten erschien abermals ein Inserat der judenverdächtigen Firma. Woraus zu erkennen ist, dass selbst der Osaf vom Hakenkreuz nur mit dem Munde die Juden bekämpft, um übrigen aber gerne zusieht, wie seine Presse ihr Geld nimmt!

Abgrundtiefe Gemeinheit.

Wir lesen in dem Blatt des Herrn Streicher in Nürnberg, der eben erst wieder wegen Ritualmordhetze verurteilt worden ist, und der trotz Strasser den Rekord in Verleumdung hält, den folgenden Nachruf auf Paul Levi:

"Der Jude Paul Levi ist tot. Es war morgens um 5 Uhr, da machte er einen Sprung aus seinem Fenster. Das hielt seine Wirbelsäule nicht aus, sie brach auseinander und das veranlasste ihn, seinen Talmudgeist aufzugeben. Nun aber hat ihn sein Gott zu sich geholt. Die einen sagen: Paul Levi hätte den eigenen Rassegeruch nicht mehr ertragen können, er sei zum Fenster gestürzt, um frische Luft zu schöpfen, und dabei sei er hinausgeflogen. Andere meinen wieder, das stetige und gewaltige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung habe ihn so in Ver zweiflung gebracht, dass er es vorgezogen hat, in Abrahams Schoss zu flüchten. Auch wir bedauern lebhaft, dass Paul Levi tot ist, wir bedauern es, dass der kommende nationalsozialistische Staatsgerichtshof sich nicht mehr mit ihm befassen kann. Paul Levi wäre zweifellos an einem der höchsten Galgen gehängt worden."

Der Bursche, der diese Gemeinheit am Grabe auf dem Gewissen hat, ist baye-rischer Lehrer! Arme Jugend!

Vom roten Militarismus.

In der Monatsschrift "Das proletarische Kind" findet sich ein Lied vom roten Flieger für die kommunistische Jugend. Darin heisst es:

Wenn auf Barrikaden rote Fahnen glühn
Wir die Waffen laden in der Stadt Berlin
Stürzen aus dem Wolkenflor
Donnernde Geschwader vor.

Kommunistenputsch mit Barrikadenkampf, Unterstützung der Putschisten durch Fliegergeschwader der russischen Roten Armee, russische Fliegerangriffe auf Berlin. So soll sich die kommunistische Jugend die Rolle der Kommunistischen Partei vorstellen! Das ist ein echtes Stück sowjetrussischer Kriegspropaganda bei deutschen Kindern!

Rettung für Moldenhauer.

Nun kann es nicht mehr fehlen, die Deckung des Reichsdefizits ist gesichert denn der Amtsschimmel selber wird versteigert. Am Schwarzen Brett einer Behörde konnte man dieser Tage lesen: "Am Samstag, den 16. Februar 1930 um 10 Uhr kommen folgende Sachen zur Versteigerung: 6 alte Amtsschilder aus Eisen, 7 verbrauchte Kleiderbürsten, 4 unbrauchbare Thermometer, 3 abgebrochene Visiereisen, 3 zerbrochene Stühle, 3 zerbrochene Hocker, 1 beschädigter Schrank." Greifen Sie zu, Herr Moldenhauer!

Memoiren eines Kellners.

Von Helmut Frenzel / Gaston la Fouche.

5. Fortsetzung.

Wie man die Bank sprengt.

SPD. Meine Ausführungen über Spiele und Spielkasinos würden unvollständig sein, wenn ich nicht noch die verschiedenartigen Systeme erwähnen würde, die von Zeit zu Zeit angewandt werden, um die Bank zu sprengen und am Spieltisch ein Vermögen zu ergattern.

Ich kann dazu sagen, dass während der letzten 25 Jahre noch niemand ein System erfunden hat, um die Bank mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, und nach meiner Kenntnis haben nur zwei oder drei Menschen einmal die Bank von Monte Carlo durch mehr oder minder rechtmässige Mittel gesprengt. Zu den bekanntesten dieser Glücklichen gehören der berühmte Spanier Garcia, der mit vier Millionen nach Spanien zurückkehrte und ein Mann namens Jagers.

Jagers war Ingenieur von Beruf und stammte aus dem Norden Englands. Er hatte herausgefunden, dass die Roulettescheibe nicht so ganz vollkommen ausbalanciert sein konnte, um nicht in der Richtung gewisser Nummern zu "hängen". Er erforschte weiter, dass die Hersteller der Roulettescheibe für deren absolutes genaues Funktionieren nicht garantieren könnten. Es müsste also die Möglichkeit bestehen, hinter die Geheimnisse der Scheibe zu kommen. Jagers beschloss, einige hundert Pfund an diesen Versuch zu setzen. Er stellte Leute ein, die den Auftrag hatten, sämtliche Roulettescheiben im Kasino zu überwachen und Listen der Gewinnnummern anzufertigen. Durch sorgfältiges Studium dieser Listen kam er dahinter, dass an jedem Tisch gewisse Nummern häufiger vorkamen als andere. An Hand dieser Übersicht, vertraut mit den Eigentümlichkeiten jeder Roulettescheibe, begann er zu spielen und tatsächlich - innerhalb eines Zeitraumes weniger Tage hatte er die Bank um rund 120 000 Pfund erleichtert.

Vertauschte und verkratzte Roulettescheiben.

Die Kasinoverwaltung kam jedoch hinter Jagers Schliche und liess während der Nacht die Scheiben der einzelnen Tische untereinander austauschen. Am folgenden Tag kam Jagers ahnungslos ins Kasino in Erwartung weiterer lohnender Gewinne. Indes versagte zu seiner Überraschung das System und er verlor 50 000 Pfund. Er merkte, dass irgend etwas nicht stimmte und beschloss, hinter das Geheimnis zu kommen, wie das Kasino ihn überlistet hatte. Das erste, was er tat, war, dass er jede Roulettescheibe einer gründlichen Untersuchung unterzog und an einigen Merkmalen feststellte, dass die Scheiben ausgetauscht worden waren. In einigen Fällen handelte es sich nur um geringfügige Kratzer auf den Scheiben, die er wahrgenommen hatte. Diese Erfahrung machte er sich zunutze und gewann sein verlorenes Geld wieder. Die Bank wusste sich nun nicht anders zu helfen, als dadurch, dass sie einen Eilboten nach Paris sandte, um den Hersteller der Roulettescheiben um Rat zu fragen. Der Chef der Firma fand schliesslich einen Ausweg, der Jagers System zum Scheitern bringen sollte. Es wurde eine Vorrichtung angefertigt, die ermöglicht die Nummerrillen der Scheibe, in die die Roulettekugel fällt, untereinander auszutauschen. Diese Vertauschung wurde beim geringsten Fehler im Gleichgewicht des Rades während der Nacht vorgenommen. Dieser Methode konnte Jagers nichts entgegensetzen. Nachdem er festgestellt hatte, dass er geschlagen war, kehrte er in seine englische Heimat zurück. Immerhin soll er ein Vermögen von 80 000 Pfund mitgenommen haben.

Der Systemhändler und sein Opfer.

Wie es in der Welt des Turfs berufsmässige Tipser gibt, so gibt es in jedem Kasino berufsmässige "Systemhändler". Die fragwürdigsten Exemplare dieser Gattung, die sich zu einer wahren Plage der Spieler auswachsen, findet

man in Monte-Carlo. Die Spieler werden zwar immer wieder vor diesen Erscheinungen gewarnt, die Systemhändler sind aber so gerissen und psychologisch geschult, dass sie es dennoch zu Wege bringen, den Greenhorns des Spielsaals, die in den Räumlichkeiten noch fremd sind, durch ihr ganzes Auftreten, sowie durch die Art und Weise, wie sie sich den Tischen nähern, Sand in die Augen zu streuen.

Es ist ausserst belustigend, zu sehen, wie diese Systemhändler auf jeden Neuling eindringen und versuchen, ihm ihr "totsicheres System" anzudrehen. Die Systemhändler gehen jeden an, der vermögend aussieht, und erzählen mit flüsternder Stimme die gleiche Geschichte, die sie schon unzählige Male erzählt haben. "Wollen Sie gewinnen, mein Herr?" beginnen sie, und wenn der Gefragte nickt, fahren sie mit beschwörender Stimme fort: "Ich kann Ihnen zum Glück verhelfen, ich habe ein System, das noch niemals versucht wurde". Wenn das Opfer sich anfangs entfernen wollte, so zögert es jetzt. Vielleicht ist doch an allem, was der Mann da erzählt, etwas dran. Die Aufmerksamkeit wächst. Jetzt dröhnt ein Schwall von Worten an das Ohr des Opfers. Sämtliche Fachausdrücke des grünen Tisches schwirren durcheinander und machen den Armen verwirrt.

Einer oder der andere fragt mitunter: "Aber warum verhelfen Sie sich denn nicht selbst zu Ihrem Glück?" "Das ist es ja gerade, mein Herr", wehklagt der andere, "ich bin ein armer Mann, ich brauche nur ein kleines Kapital und unser beider Glück ist gemacht."

"Um wieviel handelt es sich dabei?" fragt der Überlistete, indem er schon die Briefftasche zückt. In den Augen des Betrügers leuchtet es auf. "500 Frs. mein Herr", wispert er zurück. Das Geld wird ihm ausgehändigt und das Paar begibt sich zu einem der Tische. Der Systemhändler nimmt Platz. Hinter ihm steht erwartungsvoll der Gefoppte. Der Croupier weiss, dass wieder ein Lamm zur Schlachtbank geführt wird. Der Mann mit dem unfehlbaren System spielt - und verliert.

Das Opfer entfernt sich, desgleichen der Systemhändler, in seiner Tasche knistert der 100 Francs-Schein, den er eingeheimst hat: ein kleines Taschenspielerkunststück genügt, um den Überlisteten nichts davon merken zu lassen, dass nur 400 Francs an die Bank verloren wurden, während die restlichen 100 Francs von dem Betrüger eingesteckt wurden. Ein paar solcher Coups in der Woche ermöglichen dem Systemhändler ein ganz nettes Auskommen.

Croupiersmathematik.

Obwohl es, wie schon erwähnt, kein System gibt, mit dem man unfehlbar gewinnen kann, so gibt es doch bestimmte Regeln, die den Spieler davor schützen, sein Geld allzu leichtsinnig fortzuwerfen. Die Leute, die kopflos spielen, heissen in der Kasinosprache "Taucher", von ihnen zieht die Bank den meisten Gewinn ein.

Das beste System ist, auf die Zahlen 1, 2, 3 und 6 eine Marke zu setzen und zwar nur solange, wie man gewinnt, verliert man das erste Mal, so wird der Einsatz auf das Doppelte erhöht, beim nächsten Verlust auf das Dreifache. Dieser Art zu spielen liegt folgender Gedanke zugrunde: hat man ein- oder zweimal gewonnen, so besitzt man gewissermassen einen Fonds, den man in die Tasche stecken kann, wobei der erste Einsatz im Spiel bleibt, verliert man die ersten beiden Spiele und gewinnt entweder beim dritten oder vierten Mal, so ist der Verlust zurückgewonnen und es ist nicht nötig, neues Geld zu zücken. Das Risiko ist also tatsächlich nicht sehr gross. Märchenhafte Reichtümer sind natürlich auf diese Weise nicht zu verdienen. Immerhin kann es den Besucher der Spielsäle davor bewahren, sein Geld in die Geldschränke des Spielkasinos wandern zu sehen.

Fortsetzung folgt.

Aus aller Welt

Der Liebesgürtel des Herrn Niksis.

Und was man tun muss, um gescheit zu werden.

SPD. In Wien wurde ein Herr Niksis ins Landesgericht gebracht, der mit der von ihm gegründeten "Ostloge" viele Dumme fand und betrog.

Herr Niksis nannte sich zum Grossmeister seiner Loge und lud mit schwülstigen Einladungsbriefen Tausende von Wienern und Provinzlern zur Mitgliedschaft gegen den Jahresbeitrag von 20 Schilling. Dafür bekam man dann einen Wunderkatalog, der Zaubermittel für alle Nöte des Lebens anpries; Niksis empfahl sich gleichzeitig bestens als Lieferant. Für 30 bis 60 Schilling gab es magische Geburtssteine, für 20 Schilling Liebesgürtel, die den Geliebten zur ewigen Treue veranlassen, wenn er sie um den Bauch gewickelt bekommt, ferner für 15 Schilling Kreide, mit der einem jeder Wunsch erfüllt wird, der mit ihr geschrieben wird. Juwelen, die auch die sprödeste Frau gefügig machen sollen; magisches Parfüm, das Männer zu unwiderstehlichen Don Juans macht und schliesslich Gehirnpillen "zur Erlangung eines guten Gedächtnisses für Prüfungen". Während die Gehirnpillen bereits um 20 Schilling zu haben waren, musste 95 Schilling anlegen, wer einen Zauberspiegel haben wollte, in dem man seine Zukunft sehen und die Fertigkeit erlangen kann, sich unsichtbar zu machen.

Als besonderer Interessent der Gehirnpillen meldete sich Herr Mathias, ein wackerer Landwirt aus Deutsch-Böhmen. Er brauchte die Pillen nicht für sich, sondern für seinen Sohn, der auf der Prager Universität Prüfung um Prüfung durchfiel. Der Sohn frass morgens, mittags und abends von seinen Pillen, aber erstens bekam er davon regulären Durchfall und zweitens fiel er auch bei der Prüfung durch. Der ältere Mathias hatte mit dem Zauberspiegel, den er sich für sich kommen liess, gleichfalls Pech. Nun schickte ihm Niksis zum Ausnahmepreis von 10 Schillingen ein Horoskop, das dem biederen Bauern riet, sich einen jener schönen Steine zuzulegen, wie sie Herr Niksis ebenfalls auf Lager hat. Dann würde er auch, verriet das Horoskop, eine grosse Erbschaft machen.

Die Sache mit der Erbschaft freute Mathias ungemein. Er konnte das Geheimnis nicht an sich halten und verriet es seinen Freunden. Die waren boshaft genug, Mathias zu verführen, zur Beschleunigung des angekündigten Glücksmarsches noch die Unterstützung der Polizei herbeizurufen. Die Polizei brachte zwar keine Erbschaft an, aber sie brachte Herrn Niksis ins Gefängnis. Und Herr Mathias gesteht seufzend seinem Sohn: Nix is.....

+ + +
Fünfte Bundestagung der Arbeitermandolinisten. In den Ostertagen findet die fünfte Bundestagung des Deutschen Arbeiter-Mandolinisten-Bundes in Hannover im Volksheim statt. Auf der Tagesordnung stehen die Erörterungen der Massnahmen zur Vervollkommnung der 1928 gegründeten Zithersparte. Es sind Bestrebungen im Gange, alle Sparten der proletarischen Musikpflege zu einer grossen Organisation zusammen zu fassen.

+ + +
In die Maschine gefallen. Ein furchtbares Ende fand ein Bauer des westschweizer Ortes Produit. Er fiel von einem Heuschober hinab und unglücklicherweise direkt in eine untenstehende Heuschneidemaschine. Die Messer durchschnitten die Kehle des Bauern und zerfetzten sein Gesicht; er verblutete.

+ + +

Unter Anklage des Paragraphen 218. Auf Grund anonymer Anzeige einer Hausbewohnerin wurde bei der 53 Jahre alten Frau Martha Sprenger in Berlin-Charlottenburg eine Haussuchung vorgenommen, nachdem die Polizei festgestellt hatte, dass sie oftmals den Besuch von jungen Mädchen empfing. Die Haussuchung führte zum Funde eines dicken Buches, in dem, nach Datum und Alphabet geordnet, die Namen von mehreren hundert Mädchen eingetragen waren. Die Polizei sagte Frau Sprenger auf den Kopf zu, dass es sich hier um die Kundenliste aller derjenigen jungen Mädchen handele, bei denen sie gesetzlich verbotene Eingriffe vorgenommen habe. Frau Sprenger gestand und hat sich nunmehr vor dem Schwurgericht zu verantworten. Ausserdem ist Anklage erhoben worden gegen 35 der Mädchen, die sich in Anerkennungsschreiben bei Frau Sprenger bedankt hatten.

+ + +
Geldnot in Polen. Von den Ausmassen der Geldnot in den polnischen Geschäftskreisen zeugt wohl am besten die Tatsache, dass unlängst in Warschau zwei Wechsel auf sechs Monate ausgestellt wurden, der eine lautend auf 3 Zloty (etwa 1,50 Mark) und der andere auf 5 Zloty (etwa 2,50 Mark). Beide Wechsel sind im Laufe einer Woche bereits durch mehrere seriöse Firmen gegangen.

+ + +
Ein mordlustiges Dorf. Die durch die Folgen der völligen Missernten der letzten drei Jahre gänzlich verarmte Einwohnerschaft des türkisches Dorfes Aibasti bei Ordu beschloss, sich auf eine noch nicht dagewesene Art und Weise zu "sanieren". In ganz Anatolien ziehen seit Jahrhunderten zahlreiche fliegende Händler umher, die auf Wagen und Eseln alle möglichen Waren und oft auch viel Geld mit sich führen. Das Dorf lud nun eine Reihe solcher Händler systematisch zu einem Besuche ein, lockte die Leute in einen Hinterhalt und ermordete sie dann. Der Raub wurde unter die Einwohnerschaft verteilt. Die letzte Mordtat begingen die Leute an zwei armen Hausierern, die sie für reich gehalten hatten; sie schlugen den Leuten mit Aexten die Köpfe ab und die Glieder vom Leibe, enthaupteten auch die Esel der Ermordeten und warfen Leichen und Kadaver in einen Quell an einer einsamen Stelle des Waldes von Aibasti. Die Ermordeten hatten aber, wie sich bei der Verteilung der Beute zeigte, nur 60 Mark bei sich. Nun gerieten die geldhungrigen Mörder untereinander über die Aufteilung des Geldes in einen Streit. Einer von ihnen, der sich übervorteilt glaubte, machte der Gendarmerie eine anonyme Anzeige; die Gendarmerie erschien in Aibasti und hat nach kurzer Zeit zahlreiche der von der Dorfbevölkerung begangenen Verbrechen aufgedeckt. Die meisten der Einwohner des Dorfes wurden verhaftet und nach dem Hauptort des Wilajets Ordu abgeführt.

+ + +
Ein Klub der Selbstmörder. Bei der Lodzer Polizeibehörde meldete sich vor einigen Tagen ein älterer Herr, der um die Erlaubnis für die Gründung eines Selbstmörderklubs bat. In seinem äusserst sorgfältig ausgearbeiteten Projekt legte er die genauen Statuten und die Tendenzen des Klubs vor. Er beabsichtigte aus eigenen Mitteln ein entsprechendes Lokal mit den humansten und modernsten Tötungsmitteln auszustatten, die jedem Lebensüberdrüssigen zur Verfügung stehen sollten. Das Selbstmordproblem -- so erklärte er -- erfordere eine Reformierung, denn oft nehmen sich die Selbstmörder mit schrecklichen Mitteln das Leben, wobei sie langwierigen Qualen ausgesetzt oder schliesslich auch gezwungen sind, ins verhasste Leben zurückzukehren. Die Mittel, deren sich die Selbstmörder gegen geringes Entgelt im Klub bedienen könnten, würden mit absoluter Sicherheit zum Ziele führen und einen leichten Tod bewirken. Jeder Selbstmörder müsse jedoch bei Inanspruchnahme der "Dienstleistungen" des Klubs seinen ganzen Nachlass der Institution verschreiben. -- Die Lodzer Polizeibehörden fanden für die Idee dieses Unternehmens jedoch kein Verständnis und verweigerten die Lizenz.

+ + +

Banditenkampf im Krankenzimmer. Drei Chicagoer Verbrecher drangen nachts über die Feuerleiter ins Deutsche Diakonissenheim von Chicago ein und stürmten in das Zimmer, in dem ein anderes Mitglied der Chicagoer Unterwelt, Frank Meerlane, krank im Bett lag. Die Banditen gaben auf Meerlane, mit dem sie verfeindet sind, mehrere Schüsse ab. Der Angegriffene, der in Erwartung eines Ueberfalles einen geladenen Revolver unter dem Kopfkissen bereit gehalten hatte, erwiderte das Feuer. Schliesslich wurde der Kranke im Bett von mehreren Kugeln getroffen. Als Aerzte und Schwestern ins Zimmer kamen, fand man Meerlane bewusstlos auf. Mit vorgehaltenem Revolver zogen sich die eingedrungenen Banditen zurück. Unter den Kranken, die die Schiesserei gehört hatten, entstand eine furchtbare Panik.

+ + +
Vor der Aufklärung des Versicherungsbetrugs? Die Frau des Versicherungsdirektors Bauer in Magdeburg, die der Anstiftung des wahrscheinlich durch den Privatdetektiv Peters erfolgten Versicherungsmordes an ihrem Manne verdächtigt ist, ist in ihren Aussagen bereits wankend geworden. Während Frau Bauer bisher standhaft leugnete, irgendwelche Beziehungen intimerer Art mit Peters gehabt zu haben, gibt sie nunmehr solche Beziehungen zu, bestreitet aber noch nach wie vor die Tat. Belastend erscheint die Tatsache, dass ein Fräulein Vogt, eine Schwester der Frau Bauer, sich durch Einatmen von Leuchtgas zu vergiften versucht hat. Fräulein Vogt wurde in bewusstlosem Zustand ins Krankenhaus überführt. Die Polizei nimmt an, dass Fräulein Vogt von der Tat gewusst hat und sich durch ihren Freitod einer Strafverfolgung wegen Mitwisserschaft entziehen wollte. Eine andere Version ist, dass Fräulein Vogt, die als Reichsbahnoberssekretärin tätig ist, den Selbstmordversuch aus gekränktem Ehrgefühl und aus Angst vor Verlust ihrer Stellung unternommen hat.

+ + +
Wird Segrave geschlagen werden? Der Rennfahrer Kaye Don hat die Absicht, Henry Segraves Weltrekord 370 Kilometer Stundengeschwindigkeit zu schlagen. Das neue Auto des Rennfahrers, genannt "The Silver bullet" (Silberkugel) ist inzwischen von Wolverhampton (England) verfrachtet worden. Die "Silberkugel" besitzt zwei 12-Zylinder-Motoren von je 2000 PS, die beide vor dem Fahrersitz liegen und für jeden Zylinder zwei Einlass- und Auslassventile haben. Der Brennstoff wird durch einen Turbo-Kompressor zugeführt, der in der Minute 17 000 Umdrehungen macht. Das Fahrzeug ist zehn Meter lang und bis zu zwei Meter breit. Die Führung des Wagens erfolgt u.a. durch die Betätigung eines flugzeugmässigen doppelten Seitensteuers am hinteren Wagenende. Die Maschine ist auch mit einem Höhensteuer versehen, damit der Wagen bei schneller Fahrt fest an den Boden gedrückt werden kann. Das Anlassen der Motoren erfolgt durch Pressluft. Nach Meinung der Konstrukteure kann der Wagen die Geschwindigkeit von 400 Stundenkilometer erreichen.

+ + +
Der Mann als Frau. Auffallend zahlreich sind die Fälle von Bisexualität, die in der letzten Zeit in der Türkei bekannt geworden sind. So heiratete ein Bauer aus der Umgegend von Mersina vor kurzem das schönste Mädchen aus seinem Dorfe. In der Hochzeitsnacht musste er jedoch feststellen, dass seine Frau ein Mann war. Das Mädchen wurde daraufhin von ihren Eltern in ein Krankenhaus geschickt, aus dem es einige Tage später nach Vornahme einer leichten Operation als vollgültiger Mann entlassen werden konnte. "Es" hatte nun einen männlichen Namen angenommen und ist in Mersina Hafendarbeiter geworden.



Betriebsräte oder KPD-Kreaturen?

SPD. Im Betriebsrätewahlkampf kommen die Kommunisten ständig mit dem Gerede, dass nur ein "roter" Betriebsrat nach Moskauer Zuschnitt für die Belegschaft Schutz und Hilfe bedeute. Die Betriebsräte dagegen, die in engem Kontakt mit den Gewerkschaften arbeiten, werden von der kommunistischen Presse als Hampelmänner und Knechtsseelen hingestellt. So bringt z.B. das in Berlin erscheinende kommunistische Boulevard-Blatt, die "Welt am Abend" die Behauptung fertig, "Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie bemühten sich darum, im Stile der altpreussischen Untertanenideologie die Wirkungsmöglichkeit der Betriebsräte auf eine Rolle herabzusetzen, die eine Obrigkeit ihren "Untertanen" zuzuweisen geneigt ist". Die Massen der Betriebstätigen, so fährt das Blatt fort, müssten jetzt zeigen, dass sie nichts von "Bismark-wilhelminischen Methoden" wissen wollen und daher "rote" Betriebsräte wählen. So weit die kommunistische Theorie.

Theorien haben nur dann einen Wert, wenn sie sich in der Praxis bewahren. Wie steht es mit der kommunistischen Praxis? Vor dem Berliner Arbeitsgericht hat dieser Tage eine Redaktionssekretärin eben der gleichen kommunistischen "Welt am Abend" eine Klage gegen den Münzenberg'schen Kosmos-Verlag, in dem das Blatt erscheint, angestrengt. Die Klägerin war bei dieser Zeitung fast vier Jahre lang zur vollen Zufriedenheit der Redaktion und des Verlages tätig. Vor einiger Zeit wurde nun von der Zentrale der Kommunistischen Partei eine "Generalreinigung" der kommunistischen Betriebe angeordnet, die sich auch auf die Unternehmungen des Münzenberg-Konzerns erstrecken sollte. War auch gegen die berufliche Tätigkeit der Klägerin nichts einzuwenden, so hatte sie sich doch zweier Verbrechen schuldig gemacht, sodass sie der Zentrale nicht als "zuverlässig" genug erschien: 1. sie ist aus politischen Gründen im Oktober 1929 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. 2. sie hat in dem Nötigungsprozess des Redakteur Rabold gegen Hölz sich auf die Seite von Rabold gestellt. Ende Januar verlangte man von der Redaktionssekretärin, dass sie an den Chefredakteur der "Welt am Abend", Herrn Dr. Friedländer, ein Schreiben richte, in dem die Klägerin ihre "loyale Gesinnung" versichere. Das tat die Klägerin, worauf Dr. Friedländer und ein anderer Redakteur des Blattes, Herr Dr. Kersten, bei dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Münzenberg vorstellig wurden, um ihn zu veranlassen, von einer Kündigung Abstand zu nehmen. Münzenberg erklärte ausdrücklich, dass ihm keinerlei Klagen über die Leistungen der Klägerin zu Ohren gekommen seien, die Kündigung müsse jedoch erfolgen, da die Zentrale der Kommunistischen Partei dies verlange. Die Kündigung ist dann für Ende März 1930 doch erfolgt.

Ein neues Beispiel dafür, wie man in der Kommunistischen Partei durch Stocschläge auf den Magen eine der Zentrale wohlgefällige Gesinnung zu erzwingen versucht. Besondere Bedeutung erhielt dieses Beispiel aber erst durch das Verhalten der Betriebsvertretung. Dem Angestelltenrat war genau bekannt, dass die Kündigung nur aus politischen Gründen erfolgt ist. Die Klägerin rief schließlich den Angestelltenrat an, nachdem zwei seiner Mitglieder erklärt hatten, dass sie über die Kündigung äusserst erstaunt seien. Dieses Erstaunen war gerechtfertigt, denn im § 84 des Betriebsrätegesetzes heisst es ausdrücklich, dass Arbeitnehmer den Arbeiter- oder Angestelltenrat anrufen können, wenn der begrün-

dete Verdacht vorliegt, dass die Kündigung wegen politischer oder gewerkschaftliche Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen oder beruflichen Verein erfolgt ist. Der Angestelltenrat musste wissen, dass die Kündigung aus politischen Gründen erfolgt war, nämlich wegen der Nichtzugehörigkeit der Klägerin zur Kommunistischen Partei. Trotzdem hat er seine Zustimmung zu der Kündigung gegeben.

Die Klägerin verlangt jetzt vom Arbeitsgericht die Feststellung, dass ihr Einspruch gegen die Kündigung gerechtfertigt ist; ausserdem verlangt sie von dem Verlag der "Welt am Abend", wenn die Weiterbeschäftigung verweigert wird, eine Entschädigungssumme von 1757.- Mark, die sich aus vier Monatsgehältern und dem Ersatz für 1 Monat Urlaub zusammensetzt.

Die "Bismarck-wilhelminischen Methoden" zur Unterdrückung jeder eigenen Meinung sind, wie man sieht, in kommunistischen Betrieben voll in Uebung. Aber noch wichtiger ist die Feststellung, dass die "roten" Betriebsräte, die von den Kommunisten als Allheilmittel den Arbeitern im Betriebsräte-Wahlkampf empfohlen werden, vollkommen versagen, wenn es sich um den Schutz der Arbeitnehmer vor Willkür des Unternehmers handelt. In der Agitation nehmen die Kommunisten den Mund sehr voll und tun so, als ob sie Teufel austreiben wollten und könnten. Wer Teufel austreiben will, muss selbst rein sein.

Die Arbeiter und Angestellten werden aus der kommunistischen Praxis bei der Betriebsrätewahl Lehren und Konsequenzen ziehen. Sie sehen handgreiflich, dass sie ihre eigenen Interessen verraten würden, wenn sie die Wahl von "roten" kommunistischen Betriebsräten unterstützten.

SPD. Der Kampf um das Notopfer kann nur dann zu einem Erfolg führen, wenn alle politischen und gewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen eine möglichst geschlossene Haltung einnehmen. Daran fehlt es leider noch. Nach einer Meldung des "Deutschen", der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften vom Dienstag Abend sollen die Befürworter des Notopfers in der Mehrzahl sein, und zwar wolle man - so behauptet der "Deutsche" - die Festbesoldeten, also die Beamten und die höher bezahlten, nichtversicherten Angestellten mit einer vorübergehenden Beitragsleistung von 1,75% belasten. Das solle 100 Millionen einbringen; damit bliebe ein Rest von 150 Millionen, für den noch Deckung gefunden werden müsse.

Diese Meldung stimmt nicht. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, dass eine Mehrheit der Arbeitnehmer für ein solches Notopfer vorhanden ist. Die sozialdemokratische Fraktion steht nach wie vor auf dem gleichen Standpunkt wie die freien Gewerkschaften, wonach nur ein allgemeines Notopfer, niemals aber eine einseitige Belastung der Beamten und höherbezahlten Angestellten zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung in Frage kommen kann.

Allem Anschein nach sind gewisse Leute noch immer nicht von ihrer Beamtenpsychose losgekommen. Daher der Versuch, von neuem für eine einseitige Heranziehung der Beamten zur Deckung der Lasten der Arbeitslosigkeit Stimmung zu machen. Zu dieser Stimmungsmache gehört auch die vor einigen Tagen von dem christlichen Gewerkschaften nahestehenden "Politisch gewerkschaftlichen Zeitungsdienst" gebrachte Nachricht, dass der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sich nach einer Meldung des "Soz. Pressedienst" für ein Notopfer in Form von 1,75% des monatlichen Gehalts ausgesprochen habe.

Wie der Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst zu dieser Meldung kommt, ist uns rätselhaft. Weder der ADB hat etwas derartiges erklärt, noch hat der Sozialdemokratische Pressedienst eine solche Nachricht jemals gebracht. Wir haben im Gegenteil in Uebereinstimmung mit dem ADB und dem ADGB ausdrücklich hervorgehoben, dass nur ein allgemeines Notopfer in Frage kommen könne, d.h. eine Erfassung aller höheren Einkommen durch eine Sondersteuer zur Deckung

der Fehlbeträge der Arbeitslosenversicherung. Wir haben uns von der Beamtenpsychose nicht anstecken lassen und denken nicht daran, die Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Beamten, d.h. deren einseitige Heranziehung zur Lastendeckung mitzumachen, zu unterstützen. Nach unserem Dafürhalten kann es sich bei dem Notopfer nur um Zuschläge zur Einkommensteuer handeln, durch die sowohl das höhere Arbeitseinkommen als auch das höhere Kapitaleinkommen erfasst werden.

SPD. Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte auf dem Baumarkt, das soll nach den jüngsten Erklärungen der privatkapitalistischen wirtschaftlichen Spitzenverbände das Gebot der Stunde sein. Sieht man sich die Unternehmerpresse etwas genauer an, dann findet man, dass auch dort ab und zu Vernunft und Ehrlichkeit in der Wohnungsfrage zum Durchbruch kommen. So hat vor kurzem erst die Zeitschrift "Ziegelwelt" im Anschluss an die Feststellung der "Wirtschaftskurven der Frankfurter Zeitung", wonach die von den gemeinnützigen Baugesellschaften errichteten Wohngebäude 3,2 Wohnungen pro Gebäude, die von privaten Bauherren errichteten Wohngebäude dagegen nur 1,8 Wohnungen aufwiesen, folgendes erklärt:

"Die gemeinnützige Bautätigkeit nimmt demnach jetzt eine sehr erhebliche Stellung ein. Bei der privaten Bautätigkeit handelt es sich meistens um solche Bauherren, die sich selbst ein Einfamilienhaus schaffen. Von der Gesamtbautätigkeit dürfte nur ein ganz verschwindender Bruchteil ohne irgendwelche Förderung durch die öffentlichen Körperschaften entstanden sein. Schon aus dem wenigen wird also ersichtlich, dass das freie Spiel der Kräfte zur Zeit für die Deckung des Gesamtwohnungsbedarfs noch nicht in Frage kommen kann."

Die privatkapitalistischen wirtschaftlichen Spitzenverbände täten gut, sich zunächst einmal von den einsichtigen Elementen in ihren eigenen Reihen über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten belehren zu lassen, bevor sie anderen Leuten Ratschläge erteilen.

SPD. Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben die Bauarbeiterlöhne zum 31. März gekündigt. Als Veranlassung dazu wird von ihnen die katastrophale Lage auf dem Baumarkt angegeben. -

Die Bauarbeiter sollen also jetzt zum dritten Mal bluten. Im vorigen Jahr keine 26 Wochen Arbeit, im Winter deshalb keine Arbeitslosenunterstützung und im Frühjahr jetzt auch noch Lohnkürzung! Mit dem Märchen von den Riesenlöhnen hat man den Bauarbeitern die halbe Arbeitslosenunterstützung geraubt und die Krisenunterstützung vorenthalten, mit dem gleichen Märchen will man jetzt die Lohnkürzung begründen. Dabei hat das Statistische Amt gerade in diesen Tagen durch eine Lohnerhebung im Baugewerbe dieses Märchen zerstört.

SPD. Rumänien will zum Schutz der heimischen Arbeit die Grenzen gegen die Zuwanderung fremder Spezialisten sperren. Nur für die Branchen, die keine rumänischen Fachleute haben, Spezialisten aber unbedingt brauchen, sollen Einreiseerleichterungen in Frage kommen. - Mit Grenzsperrern löst man die Arbeitslosenfrage auch in Rumänien nicht.

Wirtschaft Technik Handel

Die Kaffee- und Teezölle.

(Der Nachteil des Gewichtzolls. - Alkoholpreisspannen. - Schmuggelverkehr.)

SPD. Die erhöhten Kaffee- und Teezölle, die insgesamt 60 Millionen Mark Mehreinnahmen erbringen sollen, werden bereits am 5. März in Kraft treten. Allgemein rechnete man erst vom 1. April ab mit erhöhten Zöllen. Die Regierung hätte aber z. B. mit der letzten Erhöhung des Gerstenzolls recht unerfreuliche Erfahrungen gemacht. Um ausgedehnte Voreindeckungen zu den alten Sätzen und damit ganz erhebliche Verluste für die Reichskasse zu vermeiden, wurde die Zollerhöhung kurzfristig für die ersten Tage im März angeordnet. Trotzdem ist es vielen Interessenten gelungen, in der letzten Zeit grössere Mengen von Tee und Kaffee aus den Freihäfengebieten und Zolllagern herauszunehmen und noch zu den alten billigen Zollsätzen einzuführen. Diese Mengen sollen durch die Nachverzollung erfasst werden. Darunter fallen nicht nur die Händler, sondern auch Gastwirte, Hotels, Konsumvereine usw. Der Nachverzollung unterliegen lediglich nur solche Mengen nicht, die sich im Besitz von privaten Haushaltungen oder, wie es in dem amtlichen Communiqué heisst, im Besitz von Haushaltungsvorständen befinden, sofern sie nicht für die Verarbeitung oder den Verkauf in Frage kommen und 5 Kilogramm nicht übersteigen.

Aus der Nachverzollung erwartet die Regierung ungefähr 17 Millionen Mark. Wie man diese Zahl errechnet hat, lässt sich sehr schwer erkennen, da sich das Ergebnis aus drei verschiedenen Posten zusammensetzt. Einmal muss jeder Doppelzentner ungebrannten Kaffees, dessen Einfuhrzoll bisher 130 Mark betrug und in Zukunft 160 Mark betragen wird, mit 30 Mark nachverzollt werden. Der geröstete Kaffee, dessen Zoll sich von 175 auf 300 Mark erhöht, ist pro Doppelzentner mit 125 Mark nachzuverzollen. Für Tee sind pro Doppelzentner 130 Mark nachzuzahlen; der Teezoll selbst wird von 220 auf 350 Mark heraufgesetzt.

Ein besseres Bild kann man sich schon über das künftige Ergebnis der erhöhten Kaffee- und Teezölle machen. Wir führen pro Jahr ungebrannten Kaffee in Höhe von 1,5 Millionen Doppelzentner ein. Da nun jeder Doppelzentner 30 Mark mehr Zoll erbringt, kommt man auf eine Mehreinnahme von insgesamt 45 Millionen Mark. Die Regierung hat aber nur 40 Millionen Mark eingesetzt, da sie infolge steigender Kaffeepreise mit einem geringeren Konsum rechnet. Die Teeinfuhr machte 1929 = 55 000 Doppelzentner aus. Bei gleichbleibendem Umfang und einem um 130 Mark höheren Einfuhrzoll sind hier an Einnahmen 7 Millionen Mark zu erwarten. Da der Tee in Deutschland in wachsendem Umfang Verwendung findet und da er sich relativ auch billiger stellt als der Kaffee, wird hier mit einem Konsumrückgang nicht gerechnet.

Den Verbraucher interessiert natürlich die Frage am meisten, wie sich die Zollerhöhungen in den Kleinhandelspreisen auswirken werden. Bei der unsoliden Kalkulation und der Irregularität der Preisbildung in Deutschland ist es natürlich sehr schwer, etwas bestimmtes darüber zu sagen. Wir halten die Profitquoten im Kaffeehandel jedoch für so hoch, dass der Handel die Zollerhöhung tragen könnte. Es ist ja eine immer wiederkehrende Erscheinung, dass nicht der Zoll, sondern die überhöhte Profitquote die Ware so unerhört verteuert. Hinsichtlich des Kaffees ist noch zu berücksichtigen, dass die Weltmarktpreise in den letzten Monaten auf Grund von zwei aufeinanderfolgenden guten Ernten

in Brasilien und finanziellen Schwierigkeiten im brasilianischen Kaffeeabsatz stark gesunken sind. Der Preissturz hat wohl in Deutschland zu einer Verminderung des Kaffeepreises im Kleinhandel geführt, der im Durchschnitt pro Pfund 20 Pfennige betragen dürfte. Dass sich in dieser Ermässigung der unerhörte Kaffeepreissturz auf den Weltmärkten nicht voll ausgewirkt hat, versteht sich wohl von selbst. Nun wird der Kaffee durch die Zollerhöhung mit 15 Pfennigen pro Pfund neu belastet. Diese Belastung bezieht sich aber, was von Bedeutung ist, auf ungerösteten Kaffee. Dieser verliert durch die Reinigung und durch den Röstungsprozess bis zur konsumfertigen Ware ungefähr 15 % an Gewicht. Der Gewichtsverlust muss berücksichtigt werden. Der erhöhte Zoll wird also für ein Pfund gerösteten Kaffees mehr ausmachen als 15 Pfennige; er darf aber keinesfalls über 20 Pfennige pro Pfund gerösteten Kaffees hinausgehen. Eine Preis-erhöhung darüber hinaus ist ohne Zweifel ungerechtfertigt. Diese Berechnung gilt allerdings nur für den Fall, dass der erhöhte Zoll völlig auf die Konsumenten abgewälzt wird, womit leider zu rechnen ist. Siehe, was wir oben über die Profitquote gesagt haben.

Bei der Zollerhöhung, wie sie jetzt vom Reichsfinanzminister angeordnet ist, wird der armere Konsument aber noch besonders besteuert. In geradezu drastisch ungerechter Weise wirkt sich in der vorgenommenen Zollerhöhung die Tatsache aus, dass der Kaffe Zoll, wie alle anderen Zölle in Deutschland, als Gewichts- und nicht als Wertzoll erhoben wird, d.h., der Kaffee wird in Zukunft mit 160 Mark pro Doppelzentner verzollt, ganz gleichgültig, ob für den Zentner 100, 200 oder 400 Mark bezahlt werden. Wer sich also den Luxus leisten kann, die feinsten und teuersten Kaffeearten im Werte von etwa 4 bis 5 Mark pro Pfund zu kaufen, zahlt, in Wertzoll umgerechnet, nur etwa 5 % seines Einkaufs für Zölle. Dagegen müssen alle die anderen, die sich mit Kaffeearten geringerer Güte begnügen, also mit solchen Sorten, die in Deutschland unentbehrliches Lebensbedürfnis der minderbemittelten Bevölkerung geworden sind, 10 % steuern. Also diejenigen, die es können, kommen bei der Regelung auf Grund der Gewichtszölle besser weg.

Im grossen und ganzen nehmen wir an, dass sich ein Konsumrückgang infolge der erhöhten Zölle kaum vollziehen wird. Das gilt jedoch nur für den Fall, dass der Kaffeepreis nicht teurer wird als im Herbst vorigen Jahres. Die Preise brauchen aber, wie wir oben dargelegt haben, nicht teurer zu werden. Andererseits vergrössern sich mit den erhöhten Zöllen die Preisspannen zwischen Kaffee und Tee einerseits und den alkoholischen Getränken andererseits. Das könnte unter Umständen zu einem Mehrverbrauch von Alkohol führen. Darin liegt schon an sich ein Zwang, die von fast allen Seiten verlangte höhere Alkoholbesteuerung schleunigst durchzuführen. Das Alkoholgewerbe legt ja auch sonst immer bei allen möglichen Gelegenheiten Wert auf eine gleichbleibende Preisspanne. Man sollte diesen Wunsch jetzt berücksichtigen.

Der höhere Kaffe Zoll selbst wird ganz bestimmt noch die andere unliebsame Folge dadurch haben, dass er Anreiz zu einem vermehrten Schmuggelverkehr schafft. Gerösteter Kaffee wurde von jeher an der deutsch-holländischen Grenze geschmuggelt, wenn hohe Zölle das riskante Geschäft lohnend erscheinen liessen. Nun kommt nach der Zollerhöhung auf einen Sack Kaffee ein Zoll von 300 Mark. So ein Zentner Kaffee ist schliesslich nicht allzu schwer und nicht allzu unhandlich. Es liegt also auf der Hand, dass sich der Spezialarbeitsmarkt an der deutsch-holländischen Grenze demnächst bessern wird.

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 22. Februar ist die Beanspruchung des Kredits der Bank weiter zurückgegangen und zwar um rund 122,8 Millionen Mark. Damit liegt der beanspruchte Reichsbankkredit mit 1768,4 Millionen Mark um fast 185 Millionen Mark unter dem Stand des Vormonats. (23.1.1930 = 1951,2 Millionen Mark). Bei den Beständen an Handelswechseln und Handelsschecks liegt

ein Rückgang um fast 100 Millionen Mark vor; sie machen 1620,4 Millionen Mark aus gegenüber 1807,1 Millionen Mark im Vormonat. Die Dinge drängen zu einer weiteren Diskontsenkung. Dem entspricht die Lage der ausländischen Geldmärkte, die sich weiter verflüssigen.

Die Goldbestände haben, was die Reichsbank wohl mit gemischten Gefühlen feststellt - jede Goldhereinnahme über die Deckungsgrenze bedeutet schliesslich Zinsverlust - ganz erheblich zugenommen und zwar kommen auch in diesem Bankausweis schon die Goldaufkäufe in Paris zahlenmässig zum Ausdruck. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 56,4 Millionen auf 2809,0 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 59,2 Millionen auf 2410,2 Millionen Mark zugenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen dagegen um 2,8 Millionen auf 398,8 Millionen Mark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 56,4 % in der Vorwoche auf 60,2 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 66,1 % auf 70,1 %.

SPD. Der British and German Trust zahlt für das verflossene Jahr eine Dividende von 8 %. Das Unternehmen ist mit dem Zweck gegründet worden, der Mittelindustrie in Deutschland langfristige Kredite zur Verfügung zu stellen. Daneber legt das Unternehmen nach der englisch-schottischen Investmentpraxis sein Kapital in Effekten verschiedener Art und zwar in verhältnismässig kleinen Einzelposten an. Die so erreichte Verteilung des Risikos, verbunden mit dem Rückhalt an festen Zinseinnahmen, hat es ermöglicht, dass trotz des Kursniederganges an allen Börsen des In- und Auslandes während des Jahres 1929 die Entwicklung beim British and German Trust auch diesmal befriedigt. Die Dividende, die 1926 = 4 % betrug, ist pro Jahr um rund 1 % gesteigert worden und hat sich mit dem abgelaufenen Jahr gerade verdoppelt. Der Trust empfiehlt die Verwirklichung seiner bekannten Steuerforderungen (Fortfall von Einkommenssteuer und Kapitalertragsteuer), um den Weg für die Gründung von deutschen Investmenttrusts frei zu machen.

SPD. Die französische Aussenhandelsbilanz, die im Jahre 1929 mit über acht Millionen Franken im Defizit geblieben ist, weist für Januar 1930 eine neue Verschlechterung auf. Das Januardefizit beträgt nicht weniger als eine volle Milliarde (bei 4,78 Milliarden Einfuhr und 3,71 Milliarden Ausfuhr), während der Dezember 1929 ein Defizit von nur 600 Millionen gebracht hatte. Was aber vor allem bedenklich stimmen muss, ist die starke Einfuhr von Fertigfabrikaten nach Frankreich. Die französische Industrie scheint also demnach mit ihren Preisen nicht mehr konkurrenzfähig zu sein.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 25. Februar: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

SPD. Die Bestrebungen katholischer Verbände, in der Bausparkassenbewegung Fuss zu fassen, haben jetzt zu einem Erfolg geführt. Nach den getroffenen Abmachungen verpflichten sich die beteiligten Verbände, die von ihnen protegierten Organisationen der "Gemeinschaft der Freunde", der grössten Bausparerorganisation Deutschlands, zuzuführen. Beteiligt sind zunächst: Reichsverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine Deutschlands, Gemeinnützige Aktiengesellschaft Deutscher Heimbau in Berlin und der Verband Wohnungsbau und Siedlung G.m.b.H. in Köln. Daneben ist die Angliederung weiterer Organisationen bzw. von Sparkassen geplant. Die Konzentration ist bekanntlich nicht ganz freiwillig erfolgt. Die "Gemeinschaft der Freunde" war auf den Zufluss neuer Gelder angewiesen, während die katholischen Verbände die Unmöglichkeit eingesehen haben, lebensfähige Gebilde zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) sich seit Monaten mit dieser Frage beschäftigt. Es sind ausführliche Untersuchungen über die Durchführung des Eigenheimbaus auf der Grundlage des Bausparens eingeleitet worden, die kurz vor dem Abschluss stehen. Es empfiehlt sich also für alle, die in eine Bausparkasse eintreten wollen, das Ergebnis der Untersuchung beim ADGB und die Vorschläge des ADGB abzuwarten.

SPD. Wir sind es gewohnt, dass das Bauen von Jahr zu Jahr teurer wird, während die Baustoffindustrie immer grössere Gewinne macht. Ein Beispiel dafür ist die Zementfabrik Hemmoor. Der Reingewinn dieser Firma hat sich wieder mal erhöht (von 1,17 auf 1,28 Millionen Mark). Dabei zeigen die Vermögensposter in der Bilanz durchweg Steigerungen. Die Wertpapierbestände erhöhten sich z.B. um eine halbe Million auf rund 1,8 Millionen Mark, wobei nicht vergessen werden darf, dass in diesen Posten starke stille Reserven stecken dürften. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 15 %. Diese Dividende muss aber diesesmal auf ein Aktienkapital von 5 Millionen Mark gezahlt werden gegenüber 3,8 Millionen Mark im Vorjahr. Das bedeutet, dass die für die Zahlung der Dividende zur Verfügung zu stellende Summe von 570 000 auf 760 000 Mark erhöht werden muss. Die Kapitalerhöhung aber wurde im vorigen Jahr mit Gratisaktien durchgeführt. Zu den Gratisaktien erhalten die Aktionäre noch die runde Summe von 190 000 Mark geschenkt. Das phänomenal gute Ergebnis trat bei Hemmoor ein, obwohl die Zementindustrie einen harten Winter hinter sich hat. Und man wundert sich, dass das Bauen nicht billiger wird.

Berliner Viehmarkt.

(25. Februar)

SPD. Der Schweinemarkt zeigte geringeren Auftrieb, was auf verminderte Zufuhren aus dem Ausland zurückzuführen war. Bei glattem Geschäft zogen die Preise in allen Klassen (mit Ausnahme von Sauen) an. Auch der Kälbermarkt hatte flottés Geschäft. Die Preise zogen an. Preissteigerungen wurden auch auf dem Rindermarkt erzielt, wo besonders der Auftrieb an Ochsen knapp war.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-47 (voriger Markt 42-47), b) 35-41 (34-41), c) 29-32 (28-31), d) 25-28 (23-27), Kälber: a) -, b) 75-83 (72-78), c) 62-75 (60-70), d) 50-60 (48-58), Schweine: a(über 300 Pfd.) 78-79 (77-78), b) (240-300 Pfd.) 78-79 (77-78), c) (200-240 Pfd.) 78-79 (76-78), d) (160-200 Pfd.) 76-77 (74-77), e) (120-160 Pfd.) 73-74 (72-73), f) (unter 120 Pfd.) - g) (Sauen) 73 (72-73).

Weizen abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 25. Februar.)

SPD. Infolge der starken Preisrückgänge an der amerikanischen Börse eröffnete die Berliner Produktenbörse am Dienstag für Weizen in abgeschwächter Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Eröffnungsnotierungen um 2 Mark niedriger. Auch am Lokomarkt waren Preisrückgänge im gleichen Umfange festzustellen, obwohl das Angebot der Landwirte keineswegs gross und die Kauflust der Mühlen normal war. Da zudem im Verlaufe der Börse festere Meldungen aus Liverpool eintrafen, konnte später eine merkliche Befestigung einsetzen, sodass die Anfangsverluste am Schluss fast wieder ausgeglichen waren. Am Roggenmarkt war die Lage wenig verändert. Das Angebot in waggonverladener Ware hat sich wieder vermehrt, wurde jedoch von den Stützungsstellen unverändert aufgenommen. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Kurse um 1 - 2 Mark rückläufig. Mehl zeigte keinerlei Belebung, obwohl Weizenmehl um 25 Pfennig billiger offeriert war. Die Forderungen für Hafer sind zur Zeit bei den Käufern erschwert durchzusetzen. Lediglich für Export zeigte sich einige Kauflust.

	24. Februar	25. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	227 - 230	227 - 230
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriegerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	125 - 133	123 - 131
Loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,00-34,50	27,00-34,25
Roggenmehl	20,50-24,25	20,50-24,00
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 236 - 236½ (Vortag 238) Mai 247-249 (249), Juli 256-257½ (257½). Roggen März 168 (169), Mai 171½ (173½) Juli 172½-173 Geld (175). Hafer März 134 und Geld (135½), Mai 141 und Geld (142) Juli 146 (146½).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 25. Februar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM. 1,10	1,35
" Weizenstroh "	" 1,05	1,25
" Haferstroh "	" 1,00	1,10
" Gerstenstroh "	" 0,90	1,00
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" 1,15	1,35
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" 0,95	1,15
" Weizenstroh	" 0,85	1,00
Häcksel	" 1,70	1,90
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,80	2,20
Gutes Heu, gesund und trocken	" 2,20	3,00
Thymothee, lose	" 3,80	4,30
Kleeheu, lose	" 3,80	4,30
Drahtgepresstes Heu	Pf. 40	über Notiz

Tendenz sehr still.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 25. Februar 1930.

"Wenn ich Präsident der Republik wäre..."^x

SPD. In einem der vornehmsten Stadtteile von Paris, im Etoile-Viertel, unweit des Triumphbogens mit dem Grabmal des unbekanntes Soldaten, liegt eine friedliche Strasse, die Rue Lapérouse, in deren Nummer 1 sich eine grosse Südfrucht-handlung befindet. Es ist ein spanisches Geschäft: "Fruitas Cortes" liess man auf den Schaufenstern, hinter denen Wein, Orangen, Datteln, Feigen und andere appetitliche Leckerbissen ausgestellt sind. Es ist nichts Besonderes an dieser Obsthandlung, wenigstens heute nicht mehr. Jeden Morgen kommen die Köchinnen aus den umliegenden Häusern und kaufen hier ihr Gemüse und den Nachtmisch für die herrschaftliche Küche ein. Der Geschäftsinhaber, ein schwarzhaariger junger Mann bediente bis vor kurzem seine Kundinnen selber. Er hatte stets das gleiche liebenswürdige Lächeln auf den Lippen, und die Mädchen wussten, wenn der Senor Cortes gut gelaunt war, er es mit dem Gewicht nicht so genau nahm. Ja, Senor Cortes war ein beliebter Herr in der ganzen Gegend. Er spielte eine gewichtige Rolle im Haushalt und manchmal wohl auch im Herzen jeder Köchin. Aber wohl keine seiner hübschen Kundinnen ahnte, welche grosse Bedeutung diesem freundlichen jungen Manne sonst noch zukam.

Eines Tages im September 1924 bemerkten die Köchinnen und Hausmädchen bei ihrem Einkauf in der Tür des Geschäfts einen graubärtigen, hochgewachsenen alten Herrn, der immer die Hände in den Hosentaschen trug und dem Treiben im Laden lächelnd zuschaute. Neugierig fragte eine Kundin: "Ach, Herr Cortes, Ihr Vater ist wohl gekommen?" Der Obsthändler lachte. "Nein", sagte er, "der Herr ist nicht mein Vater. Das ist Senor Miguel de Unamuno!" Die Neugier der Mädchen war erwacht. Sie musterten den Fremden scheu. Aber was hätten sie wohl erst dafür gegeben, wenn sie an gewissen Abenden einen Blick in das Nebenzimmer des Ladens hätten werfen können! Um einen mit Büchern, Zeitungen und Papieren überladenen Tisch sass eine Gruppe ebensolcher älterer Herren, wie der Senor Unamuno einer war, und diskutierten mit Leidenschaft. Da sie jedoch alle spanisch sprachen, hätten die neugierigen Kundinnen des Senor Cortes wenig von der Unterhaltung verstanden. Doch wer eingeweiht war, der wusste, dass sich hier in diesem verschwiegenen Zimmer alles, was in Spanien einen Namen im Reiche der Freiheitskämpfer besass, ein Stelldichein gab. Da waren sie sämtlich, die der Diktator Primo de Rivera aus der Heimat vertrieben hatte, an ihrer Spitze Unamuno, der Rektor der Universität Salamanca, und andere Republikaner, wie Alba, Ortega y Gasset, Melquiades Alvarez, Espla und der grosse, 1928 verstorbene Schriftsteller Blasco Ibanez. Manchmal gesellten sich zu diesem Kreise auch der Graf de Romanones, der frühere spanische Ministerpräsident und einstige Botschafter in Paris, und noch andere, fern der Heimat lebende Feinde geistigen Sklaventums. Die Unterhaltung war immer sehr lebhaft. Unamuno schleuderte mit seiner tönenden Stimmeseine beissenden Sarkasmen auf den spanischen Diktator, und Blasco Ibanez, der Dichter, entwickelte seinen Lieblingsgedanken: "Wenn ich Präsident der spanischen Republik wäre..." Ortega y Gasset, der Realpolitiker, erläuterte die einzelnen Phasen des Verfalls der Diktatur, und die Jüngeren, Temperamentvolleren, schmiedeten Komplote, die nur die überlegene Ruhe Unamunos vor der Ausführung bewahrte.

Seit fast fünf Jahren fanden diese Zusammenkünfte regelmässig jede Woche

statt. Senor Cortes erwies sich als ein liebenswürdiger Gastgeber und kargte mit den Vorräten seines Kellers nicht. Wenn am Abend die Emigranten nacheinander das Haus verliessen, löste sich ein Schatten vom gegenüberliegenden Gebäude. Die Hände des Diktators reichten weit....Mehrfach wurden sogar, wie man sagt, Attentate auf Unamuno versucht, die jedoch dank der Aufmerksamkeit seiner Freunde vereitelt werden konnten. Jeden Abend kurz vor Mitternacht tauchte Unamuno im Kreise der Seinen im Café Rotonde am Montparnasse auf, wo die Debatten wieder aufgenommen und oft bis früh in den Morgen weitergesponnen wurden. Noch bis vor kurzem konnte man den Rektor der Universität Salamanca dort sehen....

Nun sind Miquel de Unamuno, Ortega y Gasset und ihre Freunde in die Heimat zurückgekehrt. Senor Cortes, der Schutzpatron der Emigranten, hat sein Geschäft verkauft. Die Tage der Verbannung sind vorüber. Heute ist nur noch ein Spanier "von Format" in Paris: Primo de Rivera.....

Ein Blatt im Buche der Geschichte hat sich gewendet.....

B.M.V.

"Hoorig, hoorig isch die Katz...."X

SPD. Hoch oben auf der waldigen Anhöhe, die wie eine vorwitzige Nase über die anderen Berge hinwegsieht, liegt ein kleines Dorf. Harmlos und friedlich gruppieren sich die Bauernhäuser, Holzschuppen und Schuppen um die alte, schön etwas verwitterte Kirche, deren einziges Schmuckstück ein seltsam ausschauernd buntgefärbter, unternehmungslustig in die Welt schauender Wetterhahn bildet. Vor kurzem noch ähnelte er einem melancholischen Philosophen, einem missmutigen Welverächter. Sein Gefieder war grau und farblos wie der herabgefallene Putz der Kirche. Die Wetterstange, die ihn trug, war längst eingerostet, und so blickte er Tag um Tag, unbekümmert um Regen, Sturm und Sonnenschein, vorwurfsvoll und pessimistisch in die gleiche Himmelsrichtung. Aber in der Nacht zum Fastnachtstedenstag war ein Wunder geschehen. Als die Bauern in der Frühe, wie immer, schlaftrunken und gähnend aus den Türen traten, da blieb manch einem von ihnen der Mund vor Verwunderung offen stehen. Denn aus dem böse und verärgert vor sich hinstarrenden Philosophen war ein freudestrahlender, in allen Farben leuchtender Wetterwart geworden, der sich mit vergnügtem Quetschen um seine Achse drehte, und für den seine Umgebung offenbar die beste aller Welten zu sein schien. Das ganze Dorf rannte zusammen, einer rief den anderen herbei, und bald stand eine grosser, heftig gestikulierender, lachender und schreiender Menschenhaufe rund um die Kirche und verfolgte mit Vergnügen jede Bewegung des so wunderbar veränderten Wetterhahnes, der im frischen Morgenwinde leise hin und her pendelte.

Auch der alte Ortsgeistliche war herbeigeeilt und stand nun inmitten seiner Schäflein, die ihn erwartungsvoll ansahen. Was würde er wohl zu der Verhöhnung seines Heiligtums sagen? Aber Hochwürden war kein Freund langer Reden. Er rieb sich bedächtig die Nase, schüttelte mehrmals den Kopf und blickte abwechselnd zu dem buntgeschminkten Kirchenhahn auf und dann wieder in die pfiffigen, neugierigen, erwartungsvollen Gesichter seiner Bauern. Die erhofften ein salomonisches Urteil, und sie sollten nicht enttäuscht werden. Der alte Herr hatte sich in den dreissig Jahren, in denen er in diesem Weltwinkel sass, in dem sich die Füchse und die Hasen gute Nacht wünschten, sein eigenes Urteil über Gott und die Menschheit gebildet. So liess er denn seinem gesunden Menschenverstand und seinem Mutterwitz den Vorrang vor dem christlichen Sitten- und Moralkodex und traf damit wie immer das Richtige. Nochmals blickte er nach der Kirchturmspitze hinauf und meinte dann halb strafend, halb begütigend: "No, no, was isch au des, was isch au des?", wandte sich dann seiner Gemeinde zu und schlug das Kreuzeszeichen über sie: "G'lobt sei unser Herr Jesus Krischtes!" und "In Ew'chkeit, Am'", antworteten die in ihren Erwartungen nicht enttäusch-

ten Bauern freudig und zustimmend. Damit wandte sich Hochwürden zum Gehen. Die Gemeinde stand noch einige Zeit zusammen, lobte und pries ihren Seelenhirten, freute sich über den gelungenen Karnevalsstreich und ging dann ebenfalls nach Hause, um nach alter Sitte Bohnen und Erbsen zu enthülsen und das Saatgetreide auf dem Kornboden umzuschaukeln. Das musste am Morgen des Fastnachtsdienstag geschehen, denn sonst gediehen nach altem Volksglauben die Feldfrüchte im kommenden Jahre nicht. Aber so ganz bei der Sache waren sie alle nicht. Immer wieder kam das Gespräch auf den neuen Wetterhahn, und der Name des vermutlichen Täters ging von Mund zu Mund. Kein anderer konnte den Streich verübt haben als der Jockele, der lustige Schornsteinfegergeselle, der schon mehrmals nach dem sonntäglichen Kirchgang spitzbübische Blicke nach der Kirchturmspitze geworfen und dabei geäußert hatte, länger könnte er den traurigen Wetterverächter da droben bald nicht mehr mit ansehen.

Jedenfalls hatte das Dorf in diesem Jahre wieder unter allen Nachbargemeinden den Vogel abgeschossen, und kaum waren einige Stunden vergangen, da kamen schon die ersten Neugierigen aus den Gehöften und Ortschaften der Umgegend, wohin die Nachricht bereits gedrungen war, und während des ganzen Vormittags war die kleine Kirche von einer Menge vergnügter Zuschauer umlagert. Inzwischen sass der Held des Tages, der Jockele, im "Schwarzen Adler", dem Dorfwirtshaus, inmitten einer dichtgedrängten Zuhörerschaft und erzählte unermüdlich und mit immer phantastischeren Zusätzen, wie er in der vergangenen Nacht aus dem Kirchenfenster aufs Dach geklettert war - grad' hatte die alte Kirchenglocke Mitternacht geschlagen - und was er für schaurige Gestalten auf dem kleinen Friedhof hatte herumhuschen sehen, wie es um ihn geächzt und gestöhnt hatte. Er aber hatte sich seinem Schutzengel anbefohlen und ihn aus Herzensgrund gebeten, ihn in seinen Schutz zu nehmen, denn er wolle ja kein gottloses Werk verrichten, sondern den Wetterhahn bloss ein bisschen auffrischen "zu Gottes Ehr!". So war ihm trotz aller Gefahren und Bedrängnisse das Werk geglückt. Inzwischen bemühte sich sein Konkurrent im Erzählen und Ausführen gewagter Streiche, der alte Rübenmichel, sein durch den jungen Nebenbuhler bedenklich ins Hintertreffen geratenes Ansehen wieder zu gewinnen, indem er seinen eigenen Fastnachtsstreich, den er vor fast einem halben Jahrhundert verübt hatte, zum Besten gab: Wie er in der Nacht zum Fastnachtsdienstag die alte Hanne, die nun längst auf dem kleinen Friedhof ruhte, des verstorbenen Pfarrers Haushälterin, herausklingelte und dann, als sie ahnungslos die Haustüre öffnete, als Schwarzer Teufel maskiert mit fürchterlichem Geschrei auf sie losfuhr. Während aber die zu Tode Erschrockene unter Bekreuzigungen und gellenden Hilferufen ins Dorf rannte, drang der Rübenmichel ins Haus ein und erschreckte den schlaftrunkenen Pfarrer durch sein durchdringendes Heulen und den beissenden Rauch einer Pechfackel dermassen, dass der alte Herr mit einigen gewaltigen Sätzen ebenfalls ins Freie stürzte. Die auf den Lärm und die Hilferufe herbeigeeilten Bauern aber waren nicht wenig erstaunt, und die jungen Burschen und Mädels hatten kein geringes Vergnügen, als sie ihren Seelenhirten, nur mit einem Hemd bekleidet, in ihrer Mitte erblickten.....

Unter solchen Spässen und Erzählungen kam der Nachmittag heran, an dem der grosse Fastnachtszug stattfand. Noch vor Einbruch der Dämmerung hörte man in der Ferne ein seltsames Getöse. Der Zug nahte. Voran schritt der Jockele als Anführer, mit einem gelben und einem roten Hosenbein bekleidet, über die einphantastisches Gewand herabfiel. Hinter ihm marschierte Schuljugend, Burschen und Mädels, die auf Blechkannen, Trompeten und Topfdeckeln ein ohrenbetäubendes Konzert vollführten. Zu dieser Begleitung wurde das alte Karnevalslied gesungen:

"Hoorig, hoorig, hoorig isch die Katz!
un wenn die Katz net hoorig isch,
dann fängt sie aa kei Meis.
Hoorig, hoorig, hoorig isch die Katz!"

Nach dreimaligem Umwandern der Kirche, auf deren Spitze der bunte Wetter= bahn vergnügt auf die närrische Welt herabsah, löste der Zug sich endlich im Wirtshaus auf. Der lustige Jockele wurde gebührend gefeiert und musste gar oft Bescheid tun - mehr als ihm dienlich war. Beim dämmernden Morgenschein versuchte er endlich, seine Schlafstätte zu finden. Weniger melodiös als laut sang er das Lied von der boorigen Katz. Wirklich "boorig" aber wurde die Sache erst, als er nach vergeblichem Bemühen, ins Fenster der blonden Vroni, des Schornsteinfe= germeisters Töchterlein, zu gelangen, von seinem sittenstrengen Meister in Emp= fang genommen wurde.....Und so war es nicht verwunderlich, dass die "boorige Katz" sich gar bald in einen regelrechten - Kater verwandelte.

Elke.

Hilfe für notleidende Künstler.

SPD. Ein "Klub für künstlerische Interessen" war gegründet worden. Nachdem man einen Vorstand gewählt, die Statuten festgelegt, ein Vereinsorgan und noch mancherlei ins Leben gerufen hatte, schritt man zur Praxis. Im Vordergrund der künstlerischen Interessen stand: Förderung lebender Schaffender - z.B. der Dichter. Zu diesem wohlwollenden Zwecke war ein bestimmter Abend jeder Woche festgelegt, in dessen Verlauf moderne Autoren (dramatische Werke mit verteilter Rollen), na, sagen wir mal - gelesen wurden. Ferner wurde eine Vereins=Leihbibliothek eingerichtet, damit "etwaige" Interessenten fernerhin nicht mehr dazu verleitet wurden, die teuren Werke käuflich zu erwerben. Schliesslich war den Dichtern persönlich Gelegenheit gegeben, an monatlich stattfindenden Abenden aus ihren Werken vorzulesen und dadurch in eine noch innigere Fühlung mit ihrer jeweiligen "Gemeinde" treten zu können, wobei feinfühligst von einer Honorierung Abstand genommen wurde. Ueber den literarischen Gehalt solcher Abende wurde sogar im "General=Anzeiger" durch einen dem Klub angehörenden Studienrat berichtet.

Aber die Dichter erhoben Klage, weil sie, zumal in so teuren Zeiten, von diesen "Erfolgen" unmöglich existieren könnten.

So ging man denn hin, löste den "Klub für künstlerische Interessen" auf und gründete den "Klub der Künstlerfreunde". Hauptzweck: Praktisches den armen Schluckern von Posten Unter=die=Armegreifen. Programmatisch=folgerichtigerweise begann man natürlich bei den bereits anerkannteren Autoren. Eine eigens gewählte Kommission unter Assistenz von Korbträgerinnen suchte die Dichter in ihren Behausungen auf, um ihnen die aus wohltätigen Spenden der Klubmitglieder her= rührenden Suppen, Kartoffeln, Puddingpulver, Bouillonwürfel, eingelegten Hering, Waffelbruch, Gefrierfleisch, Marmelade usw. zu verabreichen.

Aber die Dichter beklagten sich abermals (denn bis in die Dachstuben der minder oder gar nicht Anerkannten war die Hilfskommission ja noch nicht vor= gedrungen): Wir wollen keine Almosenempfänger sein! Wenn man nur unsere Bücher wirklich kaufen wollte und uns obendrein noch ein ganz klein wenig Verständnis entgegenbrächte, wären wir ja vollauf zufrieden!

So ging man denn hin und löste auch den "Klub der Künstlerfreunde" auf. Und gründete danach - ich hätte vorgeschlagen, den "Verein Utopia" - nein, man gründete den "Verein der Buchfreunde", dessen Aufgabe es sein sollte, jedes Ver= einmitglied ehrenhalber zu verpflichten, seinen literarischen Interessen: zum ersten in eigenen, wohlgefüllten Bücherschränken sichtbare Gestalt zu geben, zum zweiten aber durch wirkliches Lesen diesen materiellen nun auch zum geistigen Besitzstand zu erhöhen, zum dritten (und das ergibt sich aus dem zweiten von selbst), diesen Dichtern die Achtung und Gefolgschaft zu erweisen, die allein je= nen hehren Begriff "Menschliche Kultur" zu rechtfertigen vermag.

Ehe aber die wenigen noch gebliebenen Klubmitglieder (die andern hatten)

den undankbaren Dichtern entrüstet den Rücken gekehrt) sich über den Wortlaut der neuen, überaus schwierigen Statuen geeinigt hatten, waren die bei Gründung des ersten Klubgebildes noch lebenden Autoren bereits zum Teil seelischen, zum Teil leiblichen Hungers gestorben.

Vivant sequentes! d.h. den Nachlebenden wird's nicht besser ergehen!
Karl Schneider=de Witt.

Theaterrevolution vor hundert Jahren. ^x

SPD. In diesem Jahre feiert die französische Romantik das hundertjährige Jubiläum ihres Siegeszuges. Diese grosse literarische Revolution gegen die verkalkte und in Regeln gepresste Produktion der französischen Klassiker wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeleitet durch die freiheitsdurstigen jungen Dichter, die sich eine literarische Bevormundung nicht mehr gefallen lassen wollten, durch die Chateaubriand, Viktor Hugo, Alexander Dumas, Musset, Alfred de Vigny und ihre Anhänger.

Der Höhepunkt dieser Revolution, die bei der leidenschaftlichen Anteilnahme der Franzosen an ihrer Literatur in sehr heftigen Kämpfen geführt wurde, war die Aufführung von "Hernani", dem bekannten Stück von Viktor Hugo, im Théâtre Français am 25. Februar 1830.

Seit dem Erscheinen dieses Stückes spitzte sich die Situation zwischen den Anhängern der neuen Bewegung und den Verteidigern der klassischen Literatur immer mehr zu. Die Anhänger der alten Tradition, die von ihren Gegnern "Perrücken, Langbärte und Barbaren" titulierte wurden, hatten eine regelrechte Verschwörung gegen das Stück organisiert und bedrohten sogar Leib und Leben des Autors, der stets von zweien seiner Freunde nach Hause begleitet werden musste. Einer der Jungen, Gérard de Nerval, sammelte seinerseits einen Trupp begeisterter Kampfahne und bildete mit ihnen den - wie man heute sagen würde - Saalschutz am Abend der Premiere.

Schon um 2 Uhr nachmittags bezogen die "Romantiker", ausgestattet mit einem roten Ausweis, auf dem das spanische Losungswort "hierro" (Eisen) stand, ihre Stellung im Théâtre Français, vor allem im Parterre und auf der Galerie. Kleine Gruppen hielten die Eingänge besetzt; Théophile Gautier, in karmoisinroter Weste und hellgrünen Hosen, kommandierte das Ganze.

Nach den zwei ersten Sätzen des Stückes brach bereits der Sturm los. Die Mehrzahl der Schauspieler liess sich jedoch nicht verwirren und sprach weiter. Die Protestrufe wurden übertönt von dem Beifall der um sich schlagenden jungen Dichter, die an ihren langen Haaren kenntlich waren. Man pfiff, man schrie Bravo man prügelte sich. Der Souffleur musste schreien, um sich überhaupt verständlich zu machen. Die einen verlangten Wiederholung einzelner Verse, die anderen schrien: "Vorhang! Vorhang!"

"Hernani" wurde dann aber doch nicht weniger als 32 mal aufgeführt, eine für damalige Gewohnheiten phantastische Zahl. Und jeden Abend wiederholten sich die gleichen Lärmszenen.

SPD. Kolonisation.^x Jonathan Swift, der Verfasser von "Gullivers Reisen" charakterisierte einmal die Kolonisationsmethoden der Völker, wie folgt: "Jede europäische Nation hat eine andere Art, zu kolonisieren. Die Spanier fangen damit an, eine Kirche zu bauen, die Franzosen damit, ein Fort und die Engländer damit, eine Kneipe zu errichten."

Taubenmord in Monte.^x

SPD. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, dass man kein Fleisch essen soll. Weil Tiere töten Mord ist. Ich halte auch die Jagd für einen sehr schönen Sport. Wenn man sie in sportlichem Sinne betreibt. Aber es gibt Dinge, es gibt Arten, Tiere zu töten, die man nur mit diesem einen, schwerwiegenden Worte "Mord" bezeichnen kann.

Da ist in Monte Carlo, gerade unter dem Casino, in dem Millionen umgesetzt, Millionen verloren und Millionen - von der Bank - gewonnen werden, so eine Sache, die reiner Mord ist. Die Leute werden auch einmal schwindlig, wenn sie immer auf die rollende Kugel an den Spieltischen sehen. Sie wollen auch einmal etwas anderes tun. Also treiben sie Sport. Was für einen? Nun, einen, der nicht anstrengt und doch die Zeit vergnüglich vertreibt: Taubenschiessen.

Es ist eine sehr schöne Sache, Vögel zu schießen, wenn man ihrem Leben nachgeht, ihren Gepflogenheiten, wenn man sie in der Natur verfolgt und sie, wenn sie aufsteigen, mit einer Kugel zu erwischen sucht.

Aber hier wird das alles viel einfacher gemacht. Mit dem Komfort, den diese Menschen nun eben einmal gewöhnt sind.

Da ist ein Rasen, ein grün leuchtendes Stück Erde über den Hängen auf das Meer hinausgebaut. Auf dem Rasen sieht man fünf Kästen. Hinter diesen Kästen stehen in einigen Metern Entfernung die Herren Sportschützen. Plötzlich geht einer von den fünf Kästen auf. Ein Schuss kracht. Eine Taube, die gerade, froh, dem Gefängnis entronnen zu sein, die Flügel in der Sonne spreizen und über das Meer kreisen wollte, lässt die Flügel wieder sinken, stürzt zu Boden und sucht zuckend noch das Meer zu gewinnen. Ein Boy und ein Hund rennen auf kleinen Saugwegen, damit der schöne Rasen nicht vertreten wird, vor. Der Boy schliesst den Kasten wieder. Der Hund holt die Taube, und gleich kracht auch schon der nächste Schuss: die nächste Taube ist in ihrer Hoffnung auf Freiheit betrogen. Das geht so den ganzen Tag. Dem Boy und dem Hunde hängt die Zunge aus dem Halse, und nur wenn der am weitesten entfernte Kasten geöffnet wird, gelingt es einmal einer Taube, aufzusteigen und das freie Meer zu erreichen. Am nächsten Tage aber steht in den Fremdenzeitungen, dass der Herr Soundso und die Baronin Sowieso die Sieger des gestrigen Tages seien. So ist nicht nur die Langeweile vertrieben, so ist auch der Eitelkeit gefrönt, und die Tauben werden an ein kleines Hotel verkauft, das die unteren dieser oberen Zehntausend damit füttert.

Aber was wollen Sie - sagte mir einer von diesen - Sport ist Sport, und sterben müssen wir alle einmal.

Mario Mohr.

SPD. Ein neuer Komet.^x Auf der Sternwarte in Bergedorf bei Hamburg wurde von Professor Schwassmann und Dr. Wachsmann mit dem Lippert=Astrographen ein neuer Komet entdeckt, der die Bezeichnung 1930a erhalten hat. Der Komet ist ungefähr elfter Grösser und befand sich bei seiner Entdeckung im Sternbilde des Löwen. Er bewegt sich aber ausserordentlich rasch am Himmel weiter, täglich fast sechs Grad nach Nordwesten. Gegenwärtig befindet er sich schon im Sternbilde des Grossen Bären. Auf der photographischen Platte zeigt er einen hellen Kern mit einer starken Nebelhülle. Mit blossen Auge ist der Komet einstweilen noch nicht wahrzunehmen.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

4)

SPD. Während der Jahre 1870 und 1871 war die Arbeit mässig. Die Ingenieure waren vom Generalstab angefordert worden. Trotzdem kamen genügend Fahrten zustande, um bei Wiederaufnahme der Arbeiten im Jahre 1872 folgendes Ergebnis vorzufinden: die Bronzestangen waren durch mächtige Ketten miteinander verbunden und in einer dicken Schicht von Zement verankert. Ausserdem war eine zementierte Plattform am Südende auf dem Felsen errichtet worden, um das Landen zu erleichtern.

Es war also scheinbar trotz der ungeheuren Schwierigkeiten gelungen, mitten im Ozean die Grundmauern zu einem Bau zu legen. Man hatte den alten Felsen dazu gezwungen, fremde Steine auf sich zu dulden, man hatte ihn gezähmt, unterjocht, besiegt.

In einer jener Nächten, in denen die Materie selbst sich zu beleben scheint, mitgerissen von einem Aufruhr, der die Steine fliegen und die Erde aufheulen lässt, war es ihm gelungen, sich gleichsam zusammenzuziehen. Am nächsten Tag klärten Sprünge in der entstehenden Mauer.

Eine widerstandsfähige Arbeit kann nicht auf schwankenden Grundmauern errichtet werden. So musste man zerstören, was man sorgsam aufgebaut hatte. Bei einer Prüfung der Arbeiten stellte Fouché fest, dass die Konstruktion, die 1872 zwei Meter vierzig hoch gewesen war, im Jahre 1873 nur noch eine durchschnittliche Höhe von einem Meter sechzig hatte....

Bei der ersten Reise im Jahre 1874 trat eine neue Verzögerung ein. Alles war mir Seetang bedeckt. Er bildete eine dichte und zähe Schicht. Man versuchte diese Vegetation durch Bespritzen mit Chlorhydrat zu zerstören. Das Aetzmittel wurde vom Wasser fortgespült oder spritzte es so unglücklich auf, dass es die Hände der Arbeiter verbrannte. Schliesslich musste man mit eisernen Kratzern und Asbestbürsten arbeiten. Und Fouché war überaus unglücklich, sämtliche Arbeiter für diese sonderbare Ernte einsetzen zu müssen.

In diesem Jahre drang übrigens der Tang bis zu den Klippen unmittelbar an der Küste vor. Jedesmal, wenn das Meer hochging, war es braun von losen Pflanzen, und die durchsichtigen Wellenberge glichen baumähnlichen Achatstücken, darin Moostücke frei und biegsam sich zu bewegen schienen, obwohl die Materie, die sie gefangen hielt, sie von allen Seiten umklammerte.

Herrn von Croixdalles Inspektion war durch ein sonderbares Ereignis gekennzeichnet. Als er in Le Conquet ankam, machte starker Nebel jede Navigation gefährlich. Aber der Chefingenieur hätte es nicht verwunden, sich vergeblich zwei Stunden lang auf dem Postschiff von Brest hin und her schaukeln zu lassen. Er entschloss sich auszufahren und ging an Bord der "Marie=Jeanne", einer Schute die die Verwaltung des öfteren von ihrem Besitzer Quémeneur mietete.

Als man Béniguet passiert hatte, umgab so dichter Nebel den Segler, dass man nicht einmal die Wasserfläche sehen konnte. Plötzlich konnte Herr von Croixdall eine besorgte Frage nicht zurückhalten: "Was ist das nur?....Hören Sie...."

Am Bug des Schiffes schien sich etwas Lebendiges zu reiben. Gleichzeitig wurde die Fahrt langsamer, und ein zartes, schmeichlerisches, anhaltendes Geräusch wie das Streifen einer Sirene erhob sich. Der älteste Sohn von Quémeneur nahm ein Ruder und stach in das Grau. Das Wasser leistete Widerstand. Endlich drang das Ruder durch, aber man konnte es nicht mehr wieder frei bekommen. Befand man sich womöglich auf dem Rücken einer sagenhaften Riesenschnecke, die mit einer zufälligen Bewegung auch Riesenschiffe zum Kentern bringt? Die ganze Besatzung packte, unruhig geworden, das Ruder. Endlich bekommt man es mit einem Ruck frei, so dass es ragend in die Luft stösst. Etwas Gleitendes fällt an Bord. Man eilt herzu, und ein gewaltiges Gelächter verscheucht die allgemeine Aufregung.

Tang!....Wenn es weiter nichts ist!....

Die "Marie=Jeanne" war in eine richtige schwimmende Insel aus Tang gerathen, dessen Wurzeln und Ranken sich an den Flanken des Schiffes gerieben und so die grosse Beunruhigung verursacht hatten.

Die Strömung trug diese Art Strandgut nach Nordosten und die "Marie=Jeanne" mit ihm. Als man endlich frei kam, war man so weit abgetrieben, dass man nur an schleunigste Heimfahrt denken konnte.--

Das Jahr 1875 war besser. Hundertzehn Arbeitsstunden, fünf Stunden für jede Fahrt.

Jetzt ragte die Grundmauer für den Leuchtturm schon drei Meter über die Flut. Während der vier Monate waren 76 000 Franken für Materialien, Transport und Arbeitslöhne ausgegeben worden. Aber die grössten Schwierigkeiten waren überwunden. Unter dem peitschenden Wind und den wütenden Wellen arbeitete man zwar mühselig, aber gefahrlos, und die fast vervierfachte Zahl der Arbeiter trug zur Ermunterung wesentlich bei. Auf dem Teufelsfelsen wimmelte es wie in einem Bienenstock.

Der Leuchtturm stand, Er war mehr als nur etwas Unbestimmtes, das zeitweise aus den Fluten ragte. Schon konnte man von weitem seine kugelförmige Silhouette sehen. Der Leuchtturm stand. Fouché, Kerroz und alle, die sein Entstehen mit angesehen hatten, empfanden ihm gegenüber die Stellung eines Vaters, dessen Sohn nach mannigfachen Krankheiten wieder gesund geworden ist und gedeiht.

Sechs Jahre lang noch gingen die Arbeiten weiter. Am Ende jeder Arbeitszeit überragte der Bau die Fluten erst 6, dann 12, 19, 21 und schliesslich 27 Meter, als seine Terrasse von der mit Glas gefensterter Kugel umgeben wurde, die den Apparat beherbergen sollte. Unten war die Mauer erstaunlich dick: 1.75 Meter! Aber das genügte noch nicht. Man hatte diese Mauer durch einen regelrechten Stahlbeschlag verstärkt. Innen liefen Stahlversteifungen die Längswände entlang. Als die Mauerarbeiten die halbe Höhe dieser Stangen erreicht hatten, wurde in den Zwischenräumen eine neue Reihe verankert. Horizontale Verspannungen steiften das Ganze. Schliesslich wurde jeder Stein der Aussenverkleidung mit dem nächsten durch einen Schwalbenschwanzzapfen verbunden, und eiserne Klammern sicherten diese Verzapfung. So musste der in allen seinen Teilen gesicherte, starre Leuchtturm alle Erschütterungen, denen er selbst unterworfen sein konnte, an den alten Felsen weiterleiten.

Hatte man eine Bronzetür geöffnet, so befand man sich in einem langen, mit Fliesen ausgelegten Gang. Rechts befand sich der Raum, der zur Aufbewahrung der Taue, der Werkzeuge und der mit Zink beschlagenen Eichenkästen bestimmt war, in denen die Vorräte an Brennöl aufgehoben wurden. Links befand sich der Raum für die Lebensmittelvorräte und die Wasserkästen. Diese beiden Räume erhielten ihr Licht durch Fenster, die mit dichten Eisengittern und starken Glasscheiben versehen waren. Alle Fenster des Leuchtturms glichen einander.

Am Ende beginnt die Granittreppe, die in die vier Stockwerke führt.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

131. Sitzung vom 25. Februar 1930.

SPD. Ohne Aussprache wird zunächst eine geringfügige Aenderung der Bestimmungen über die Handwerksrolle in allen drei Lesungen angenommen. Dann wird die erste Beratung der Vorlagen und Anträge zur Mieterschutzgesetzgebung fortgesetzt.

Reichsjustizminister v. Guerard

wendet sich gegen die am Montag erfolgten Ausführungen des Abg. Dr. Jörissen von der Wirtschaftspartei. Der Minister erklärt: Ich habe den Abg. Dr. Jörissen gebeten, mir Einsicht in das unkorrigierte Stenogramm seiner Rede zu gewähren. Er hat mir die Einsichtnahme verweigert (hört! hört!) mit der Begründung, dass er sich nicht auf alles, was er gesagt haben möge, festnageln lasse (lebh. hört! hört!). Die unqualifizierbaren Vorwürfe des Abg. Dr. Jörissen gegen die Zwangswirtschaft muss ich auf das entschiedenste zurückweisen. Seine Ausführungen, die im übrigen nur ein Auszug aus seiner Schrift über die Wohnungszwangswirtschaft waren, standen in schroffen Gegensatz zu den Darlegungen des deutschnationalen Redners. Dieser Vergleich zeigt, dass es sich bei den Ausführungen von Dr. Jörissen um nichts anderes handelt als um bewusste Demagogie (lebh. Zustimmung bei den Reg. Parteien). Die Zwangswirtschaft muss auch nach meiner Ansicht beseitigt werden, sobald die Voraussetzungen für die Wiedereinführung der freien Wirtschaft gegeben sind. Jetzt liegen diese Voraussetzungen aber noch nicht vor. Es handelt sich um eine Notmassnahme für eine Notzeit. Eine Aufhebung des Kündigungsschutzes würde führen zu einer erheblichen Verteuerung der Mieten, zu einer allgemeinen Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen und damit zu wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen, die unser Volk jetzt nicht ertragen könnte. Was zur Lockerung ohne Gefahr für die Allgemeinheit geschehen kann, das ist den Ländern überlassen. Die Auffassung, dass es nur der Beseitigung der Zwangswirtschaft bedürfte, um den Baumarkt zu beleben und ausreichende Wohnungen zu schaffen, kann ich nicht teilen. Ich hoffe, dass es dem Ausschuss gelingen wird, aus den vorliegenden Anträgen brauchbare Vorschläge herauszuarbeiten.

Abg. Tremmel (Z.) trat im Gegensatz zu den Sozialdemokraten für Ausschussberatung ein. Der von Wirtschaftspartei und Kommunisten beantragten Aufhebung der Hauszinssteuer könne seine Fraktion nicht zustimmen. Ohne die Erträge aus dieser Steuer würden weniger Wohnungen gebaut werden können.

Abg. Büll (Dem.): Die von Dr. Jörissen eingereichte Denkschrift zitiert nicht nur Lessing und Goethe, sondern auch Papst Leo XIII und Dante. Dabei übersieht Dr. Jörissen, dass in Italien heute noch die Wohnungszwangswirtschaft besteht. Selbst die nicht durch den Krieg geschädigten Länder Schweden und Holland konnten nicht ohne Wohnungszwangswirtschaft auskommen. In der Vorkriegszeit hat der Hausbesitzer 60 - 65 % der Miteeinnahmen für Verzinsung des Kapitals und für Grundsteuern aufwenden müssen. Die Hypotheken sind in der Inflation verschwunden, und der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer bestürmte die Regierung, sie möge die Hypotheken ja nicht mit mehr als 15 % aufwerten. (Hört! Hört! - Widerspruch des Abg. Dr. Jörissen). Die Hauszinssteuer belastet die Hausbesitzer bei weitem nicht so stark wie vorher die Hypothekenzinsen. Die Zinsen mussten bezahlt werden, auch wenn die Wohnungen nicht vermietet waren. Nach dem Antrag der Wirtschaftspartei würde sich die Miete-Einnahme der Hausbesitzer auf 170 - 180 % erhöhen. Der Hausbesitzer bekommt demnach die volle Friedensmiete ohne Abzug der Hypothekenzinsen und erhält dazu vom Mieter die Hauszinssteuer und alle übrigen Lasten ersetzt! Mit der Lockerung des Mieterschutzes ist Preussen zu weit gegangen. Wir stimmen für Aus-

schussüberweisung.

Abg. Behrens (Chr. Nat.) warnt vor einer übereilten Aufhebung des Mieterschutzgesetzes. Schon die Aufhebung des Schutzes der gewerblichen Räume habe grossen Schaden und Nachteile herbeigeführt.

Abg. Trossmann (Bayr. Vp.) bezeichnet die jetzigen Zustände auf dem Wohnungsmarkt noch als sehr unbefriedigend. Der Reichstag sollte deshalb die bestehenden Mieterschutzgesetze nicht einfach verlängern, sondern im Ausschuss prüfen, ob nicht manche Uebelstände durch gesetzgeberische Massnahmen abgestellt werden könnten. Von einer Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft könne jetzt keine Rede sein. Das sei auch die Meinung massgebender Hausbesitzerverbände. Es frage sich nur, ob man die Verlängerung nicht besser nur auf ein Jahr beschliesse und inzwischen an einer Verbesserung arbeite. In diesem Sinne werde die Bayerische Volkspartei im Ausschuss wirken.

Abg. Wagner (Nat. Soz.) erklärt, die Mieterschutzgesetzgebung dürfe nicht ohne weiteres aufgehoben werden. Dieselben Hausbesitzer, die so gern von nationalen Belangen reden, wiesen oft die Wohnungssuchenden ab, wenn sie Kinder hätten. Dabei seien doch Kinder das heiligste Gut der Nation. Die Nationalsozialisten würden der Verlängerung der Mieterschutzgesetze zustimmen.

Damit schliesst die Aussprache. — Die Vorlagen und Anträge werden dem Wohnungsausschuss überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Bergmannssiedlungen.

Abg. Jadasch (Komm.) spricht von viel zu hohen Mieten, die zur Aufbringung hoher Direktorengehälter und Verwaltungskosten erhoben werden. Die Belegschaft des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus sei infolge Rationalisierung seit 1921/1922 von 153.000 auf 80.000 gesunken. Die abgebauten Arbeiter hätten kein Recht die Bergmannswohnungen weiter zu behalten. Die Treuhandgesellschaften verschluckten einen grossen Teil der Siedlungsgelder und strebten dahin, den Besitzern die Häuschen wieder abzunehmen.

Abg. Janschek (Soz.):

Die Bergmannssiedlung ist nicht aus besonderem Wohlwollen für die Bergarbeiter geschaffen worden, sondern der Not gehorchend. Der mächtig gesteigerte Kohlebedarf konnte nur befriedigt werden, wenn eine starke Vermehrung der Belegschaft eintrat. Die Voraussetzung dafür aber war die Schaffung von Wohnungen. Es wurde deshalb ein Zuschlag von 6.-Mark für jede Tonne Steinkohle oder Briketts von 9.-Mark für Koks eingeführt. Ohne das Kohlenwirtschaftsgesetz wäre die Preisbewegung der Kohle eine ganz andere gewesen. Die Unternehmer erklären nun, dass sie das Geld für die Bergmannssiedlung hergegeben hätten, weil durch die Abgabe ihre Einnahme vermindert wurde. Die Arbeiter wieder erklären, da sie wegen der Kohlenabgabe ihre Lohnforderungen nicht durchsetzen konnten, wären die Kosten der Bergmannssiedlung von der Arbeiterschaft aufgebracht worden. Beiden Anschauungen wird dadurch einigermaßen Rechnung getragen, dass das Wohnrecht in den Bergmannssiedlungen von dem Verbleiben in bergbaulicher Tätigkeit abhängig gemacht wird. Die Bergmannssiedlungen haben nicht den Charakter von Werkwohnungen. Allerdings versucht man, besonders in Mitteldeutschland, bei Wechsel der Arbeitsstätte dem Arbeiter die Wohnung zu nehmen. In einigen Teilen des mitteldeutschen Bezirks hat man die Bergmannssiedlungen als Werkseigentum hingestellt, und dadurch die Arbeiter benachteiligt und als besondere Klasse der anderen Bevölkerung gegenübergestellt. Der Gesetzentwurf versucht, diese Schädigungen zu beseitigen; leider ist es uns im Ausschuss nicht vollständig gelungen, das zu erreichen. Immerhin ist manche Sicherung durch unseren Hinweis auf Misstände durchgesetzt worden. — Der Redner begründet dann noch einige Verbesserungsanträge der Sozialdemokratischen Fraktion. Gegen die Voraussetzung der 5jährigen Beschäftigung im Bergbau als Bedingung der Ansiedlung haben auch die Kommunisten nichts eingewendet. Selbstverständlich darf das gesetzlich verbürgte Streikrecht nicht durch Siedlungsvorschriften beeinträchtigt werden,

ebensowenig die Freizügigkeit im Bergbau. Im Ausschuss hat niemand diesen Forderungen widersprochen. Die Anträge der Kommunisten im Ausschuss lagen oft durchaus nicht im Interesse der Arbeiter, so z.B. der Antrag, dass die Häuser bei 25% Anzahlung abgegeben werden sollen, während sie heute bei 10 % erworben werden können. Wir bitten um Annahme unserer Anträge, besonders der Sicherung gegen Wohnungsverlust bei Stellenwechsel.

Damit schliesst die Beratung.- Die Vorlage wird schliesslich mit den sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen gegen Wohnungsverlust bei Stellenwechsel in der dritten Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten verabschiedet.

Für die nächste Sitzung am Mittwoch nachmittag 3 Uhr schlägt Vizepräsident Esser als Tagesordnung vor: Aenderung der Haushaltsordnung, Bericht des Rechnungsausschusses, Republikerschutzgesetz (Oho-Rufe äusserst links und rechts), Auslieferungen.

Abg. Schultz - Bromberg (Dnt.) schlägt vor, statt des Republikerschutzgesetzes das Beamtenpensionsgesetz zu beraten, das seit Jahren gefordert werde.

Abg. Torgler (Komm.) protestiert dagegen, dass der Präsident ohne vorherige Entscheidung des Aeltestenrates das Republikerschutzgesetz auf die Tagesordnung stellt. (Vizepräsident Esser: Ich weise das zurück, im Aeltestenrat ist davon gesprochen worden, dass das Republikerschutzgesetz bald beraten werden soll. (Zurufe: Nicht vor den Younggesetzen) Wir haben doch die Younggesetze zurückstellen müssen. (Gelächter der Opposition).

Abg. Stöhr (Nat. Soz.) spricht von einem Korruptionsschutzgesetz mit dessen Beratung die sogenannte Koalition die Zeit verplempern wolle, weil sie sich nicht einigen könne. (Rüge des Vizepräsidenten.- Zuruf links: Unverschämter Lämmel).

Abg. Dittmann (Soz.) Die ersten beiden Punkte werden die morgige Sitzung vollkommen ausfüllen, zum Republikerschutzgesetz werden wir gar nicht kommen.

Der Vorschlag des Vizepräsidenten zu Punkt 3 wird nicht aufrecht erhalten, im übrigen bleibt es bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Schluss gegen 18 Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 25. Februar (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag setzte am Dienstag die Aussprache über den Innenetat fort.

Abg. Schwenck (Komm.) versuchte den Sparerlass des Innenministers und den ungerechten Finanzausgleich für die Not der Gemeinden verantwortlich zu machen. Statt die Besitzsteuern zu senken, erhöhe man Zölle und Verbrauchssteuern. Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen sollte endlich verschwinden. Die Sozialdemokratie habe sich mit Blutschuld beladen und leiste der Reaktion Handlangerdienste.

Abg. Falk (Dem.) erkennt die Tätigkeit des Innenministers im Sinne der Erhaltung der Republik an. Die verschiedenen politischen Bluttaten zeigten den wahren Geist der Linksradiakalen. (Zuruf bei den Komm.: Frecher Kerl! - Ordnungsruf) Mit dem Verbot des Stahlhelms und des Roten Frontkämpferbundes sei seine Partei einverstanden. Die Vorwürfe der Deutschnationalen gegen die Personalpolitik des Innenministers entbehre jeder Grundlage. Nach dem Freiwerden des Rheinlandes müsse Reich und Preussen seine Fürsorge im verstärkten Masse dem Osten zuwenden. Die Angriffe gegen den Minister wegen seines Sparerlasses seien unberechtigt, da auch der Städtetag Sparsamkeit gefordert habe. Die Tätigkeit des Reichsbankpräsidenten hindere die Kommunen, aus der Notlage herauszukommen, die durch die ungeheuren und ungedeckten Kriegslasten, durch gesteigerte Wohlfahrtsausgaben infolge zunehmender Erwerbslosenfürsorge entstanden sind. Man solle endlich aufhören, angesichts dieser Tatsache von einer Verschwendung durch die Kommunen zu sprechen.

Abg. Grosske (Wt.-Pt.) fordert Drosselung der Personalkosten und schnelle Vorlegung der Verwaltungsreform. Die Betätigung der öffentlichen Hand sei auf ein Mindestmass einzuschränken.

Abg. Müller-Isernhagen (Dt. Fraktion) erklärt, dass eine Verwaltungsreform mit dem Ziele weiterer Grosstadtbildung staats- und bevölkerungspolitisch falsch sei. Es sei volle Parität zwischen Staat und Land anzustreben. Die wahre Volksgemeinschaft wäre nur auf der Grundlage der Dorfgemeinschaft möglich.

Staatssekretär Abbegg

stellt fest, dass die bisherige Debatte keine nennenswerten Angriffe gegen das Innenministerium ergeben habe. (Widerspruch rechts) Wertvollen Anregungen werde die Staatsregierung nachgehen. Obwohl kein Zweifel an der Erforderlichkeit der Verwaltungsreform bestehe, sei es doch im Augenblick zwecklos, darüber lange Reden zu halten, da der Innenminister demnächst persönlich dazu Stellung nehmen wird. In 1 - 2 Wochen werde die Vorlage das Staatsministerium passiert haben und mit dem Staatsrat zugleich der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Es sei dann Sache des Landtags, für schnelle Verabschiedung Sorge zu tragen. Selbstverständlich müsse die Vorlage, damit überhaupt eine Möglichkeit bestehe, sie zu verabschieden, den Mehrheitsverhältnissen im Hause angepasst werden. Der Vorschlag des Abg. von Eynern, mit der Gross-Berliner Verwaltungsreform bis zur Ernennung des neuen Oberbürgermeisters zurückzustellen, sei unzweckmässig. Die schwierige Finanzlage der preussischen Städte sei nicht auf ein Versagen der Selbstverwaltung zurückzuführen, sondern auf die durch die veränderte Wirtschaftslage sich steigernden Ausgaben der Wohlfahrtspflege und der Erwerbslosenfürsorge. Erst durch eine Reichsfinanzreform und durch Herabminderung der finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit sei für die Städte eine Besserung zu erhoffen.

Abg. Kube (Nat. Soz.) hält seine Behauptung aufrecht, dass der Innenminister drei Wohnungen hätte. Die Nationalsozialisten hätten schon jetzt in Preuss-

sen 59 Abgeordnete in den Provinziallandtagen gegen 39 Demokraten. Sie würden bei der nächsten Wahl den Sozialdemokraten Dutzende von Mandaten abnehmen. (Lachen bei den Soz.) Es sei bedauerlich, dass der Kapp-Putsch 1920 nicht gelungen sei; er habe ihn mitgemacht. (Bewegung) Der Zentrumsabgeordnete Schulte habe damals erklärt, dass wenn Kapp endgültig siege, das Zentrum sich nicht gegen ihn stellen würde. (Hört, hört! rechts) Der Todfeind des jetzigen Systems sei die Dummheit und Begriffsstutzigkeit der Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall rechts).

Staatssekretär Dr. Abegg widerlegt nochmals die Angaben Kubes in der Wohnungsfrage.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Ich fürchte, dass jeder Versuch sachlicher Widerlegung dem Herrn Kube zuviel Ehre antut. (Sehr gut! links) Er ist nicht der grosse Revolutionär, als den er sich dargestellt hat: er ist nur ein mässig begabter Lautsprecher. (Heiterkeit und Zustimmung links; Zuruf: Schwadronneur!) Keine Partei, die die Republik trägt und keine Persönlichkeit, die in ihrem Dienst steht, wird von den Nationalsozialisten nicht beschimpft, angefangen vom Reichspräsidenten Hindenburg, den Herr Strasser einen Henker und Herr Göbbels einen Popanz genannt hat (Bewegung, Zuruf links: Aber die Deutschnationalen jubeln, wenn Kube spricht!) Wenn heute die Justiz jeden Beleidiger des Staates so packte wie früher, kämen Leute wie Herr Kube überhaupt nicht aus dem Gefängnis heraus. (Zuruf links: Doch, nach Dalldorf! - Heiterkeit) Freilich haben die Bekämpfer des alten Staates sich auch nie hinter dem Schutz der Immunität verkrochen. (Sehr wahr! links) Herr Kube hat uns tönend aufgefordert, wenn wir den Mut hätten, Neuwahlen zu machen. Was soll uns das? Uns ist doch ganz egal, ob jetzt Neuwahlen ein halbes Dutzend Nationalsozialisten und sieben Dutzend Deutschnationale hier sitzen oder nach Neuwahlen drei Dutzend Nationalsozialisten und viereinhalb Dutzend Deutschnationale. Herr Kube sollte sich mit seiner Sehnsucht nach Neuwahlen an Hugenberg wenden. Ich habe Ihnen vor den Provinziallandtagswahlen prophezeit, dass der sozialdemokratische Landrat Seibold in Nimptsch nach zehnjährigem Kampf gegen die deutschnationale Mehrheit im Kreistag diesmal die Mehrheit für uns erobern wird. Er hat sie erobert. (Bravo! links) Aber die Deutschnationalen haben statt 11 jetzt 7 Kreistagsmandate, sie haben nicht nur das entscheidende Mandat an uns, sondern auch drei Mandate an die Nationalsozialisten verloren. Da haben Sie das Exempel für die künftigen Wahlen.

Aber ich will mich ernsteren Gegenständen zuwenden. (Sehr gut! links). Der Staatsgerichtshof hat in letzter Zeit eine ganze Reihe von Urteilen gefällt, die sich von der rein formaljuristischen Entscheidung zu einer durchaus soziologischen Anschauungsweise durchgerungen haben. Auf diese Weise erhält das politische Parlament der nötigen Betätigungsspielraum im Rahmen der Verfassung. Die Opposition ist mit dem Versuch gescheitert, juristisch zu erreichen, was ihr politisch versagt blieb; in Leipzig durchzusetzen, was sie in Berlin nicht schaffen konnte. (Sehr gut! links) Die Reichsreform mit der differenzierenden Endlösung lehnt meine Fraktion ab. Herr Koch - Weser hat deswegen die Behauptung aufgestellt, wir stünden im Gegensatz zur Reichstagsfraktion. Das trifft keineswegs zu; aber Herr Falk hat uns verschwiegen, ob die demokratische Landtagsfraktion zu Herrn Koch - Weser steht. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Zentrum hat in der Frage der Reichsreform riesige Fortschritte gemacht. Vor zwei Jahren meinte Herr Dr. Hess, es müsse nicht in jedem Einzelpunkt alles für ewige Zeiten so bleiben. Diesmal meinte Herr Peucker, die Existenz von 17 Ländern in Norddeutschland sei nicht länger erträglich und für das Volk nicht verständlich. (Sehr gut! links) Wenn das Reichskabinett endlich den Grenzfonds schafft, kann sich Preussen unmöglich der Pflicht entziehen, dazu beizutragen. Bis dahin verlangen wir stärkste Wirtschaftsförderung des Ostens und Westens mit allen etatmässigen Mitteln bis zur Wiederherstellung der vollen Konkurrenzfähigkeit.

(Sehr gut! bei den Soz.) Der deutschnationale Redner hat bezweifelt, dass es der preussischen Regierung völlig ernst mit ihren Bemühungen um den Osten sei. Aber der Dank des ostpreussischen Provinziallandtages und seiner deutschnationalen Mehrheit an die Staatsregierung widerlegt ihn. Deutschlands Mittellage in Europa zwingt uns zum Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen nach Westen und Osten. Ohne diesen Ausbau muss die Wirtschaft im Osten verkümmern. Wer die politischen Grenzen im Osten auch zu Wirtschaftsgrenzen macht, lässt den deutschen Osten an den Wunden der Grenzziehung verbluten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das Liquidationsabkommen mit Polen hat mit der Korridorfrage nichts zu tun, es sichert den deutschen Grundbesitz im abgetretenen Gebiet und schätzt dadurch die deutsche Minderheit. Ihm muss der polnische Handelsvertrag folgen, wenn nicht Industrie und Handel im Osten völlig absterben sollen. Wir stehen mit Curtius gegen die volksparteiliche Landtagsfraktion. (Sehr gut! bei den Soz.) und wir müssen das preussische Zentrum, die grösste Partei des Westens, bitten, die Sozialdemokratie beim Kampffür die Verständigungspolitik im Osten nicht im Stich zu lassen. (Bravo! links)

In der Personalpolitik hat sich der deutschnationale Redner Kenkel auf die Ernennung des Grafen Wedell zum Landrat gestürzt und behauptet, seine Berufung aus Sachsen verdanke er nur dem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch. Aber unser Parteifreund Graf Wedel war, schon ehe er nach Sachsen ging, Landrat in Steinau, und zwar seit dem Jahre 1921. Herr Kenkel hat die moralische Stützung noch nicht vergessen, die ihm im vorigen Landtag wegen seiner Beziehungen zu dem Zuchthäusler Zeuner mein Freund Kuttner hat zuteil werden lassen. Er hat versprochen, künftig nur noch sorgfältig geprüftes Material vorzutragen. Und da ist er nun auf diese Darstellung des Falles Wedel geraten. Wie sieht bei Herrn Kenkel nun ungeprüftes Material aus? (Heiterkeit links) Bei der Oberbürgermeisterwahl in Hindenburg haben Deutschnationale und Nationalsozialisten unseren Landtagskollegen Franz gegen den Zentrums kandidaten gewählt. (Abg. Dr. Hess: Hört, hört!) Sie haben, um die Wahl unseres Freundes Franz zu sichern, sogar ein Bündnis mit den Polen geschlossen. (Abg. Dr. Hess: So stehen Sie mit den Deutschnationalen!) Aber nein, die Deutschnationalen wählen nach ihren eigenen Erklärungen nur immer den fachlich geeignetsten Mann. Franz war Aussenseiter, der Zentrums kandidant Volljurist und Verwaltungsbeamter. Ich wollte nur den Deutschnationalen danken, dass auch sie jetzt die Aussenseiter für viel geeigneter halten. Das Hindenburger Beispiel ist die beste Rechtfertigung der preussischen Personalpolitik. (Grosse Heiterkeit und Beifall links. Abg. Dr. Hess: Jetzt bin ich schon halb ausgesöhnt!) Ich habe aus dem Jahre 1913 nachgelesen, was damals hier im Landtag über Personalpolitik in Preussen gesagt wurde. Damals klagte der freikonservative Freiherr von Zedlitz, dass man in der preussischen Verwaltung entscheidendes Gewicht nur auf den Vater und die soziale Stellung lege, nicht auf die Tüchtigkeit; man zöge minderwertige Leute in die preussische Verwaltung und verschliesse sich gegen die lebendigen Kräfte des Volkes. Der konservative Abgeordnete Strosser beklagte, dass man ohne grosses Privatvermögen in Preussen keine leitende Verwaltungsstellung bekleiden könne. Und der Volksparteiler Dr. von Campe beschwerte sich über die grenzenlose Bevorzugung des Adels. Wir haben das adelige Element einigermaßen zurückgedrängt, wir lassen den Stand des Vaters nicht mehr allein entscheidend sein, wir gewähren Unterhaltszuschüsse und nehmen Aussenseiter herein, und wir haben sogar angefangen, das Geldsacks-Privileg auf die preussische Verwaltung zu brechen. Wir haben die Beschwerden der Rechtsparteien gegen die alte preussische Verwaltung abgestellt. Meine Herren, was können wir noch für Sie tun? (Grosse Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Soz.)

Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr.

Landtags = Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 25. Februar (Eig. Ber.)

Die Weiterberatung des preussischen Innenetats schlich in Abwesenheit des Innenministers Grzesinski am Dienstag bei den Rednern der kleinen Parteien bedeutungslos dahin. Etwas lebhafter wurde es erst, als der Nationalsozialist Ku-be, von der ganzen Rechten durch ermunternde Zwischenrufe angefeuert, einen Schwall sinnloser Phrasen auf die preussische Regierung und die Sozialdemokratie herabrauschen liess. Inhaltlich bot seine Rede eigentlich nur die Vorwegnahme künftiger Siege: die Nationalsozialisten würden bei den nächsten Wahlen ungeheuer gewinnen.

Vielleicht entgegnete ihm in einer fein geschliffenen witzigen Rede der Sozialdemokrat Dr. Hamburger - aber genau wie bisher auf Kosten der Deutschen Nationalen. Für die Sozialdemokratie mache der Unterschied zwischen Hugenbergianern und Hitlerianern wenig aus. Hamburger besprach dann die jüngsten Urteile des Staatsgerichtshofs, die sowohl in der Wahlrechtsfrage, wie bei den Gutsbezirken und bei den Ungemeindungen der preussischen Regierung Recht gegeben haben. Den Hauptteil seiner Darlegungen füllte eine sorgfältige Analyse der deutschen Ostpolitik. Er betonte mit allem Nachdruck, dass Liquidationsabkommen und Handelsvertrag mit Polen allein den deutschen Osten vor der wirtschaftlichen Erstarrung bewahren können. Der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt der sozialdemokratische Redner ihren Aussenminister Curtius vor. Das Zentrum warnte er, die Verständigungspolitik im Osten zu sabotieren, nachdem seine Parteiinteressen durch die Verständigung im Westen befriedigt seien.

Schliesslich verspottete Dr. Hamburger auch in lustiger Weise die Beschwerden der Rechtsparteien über die gegenwärtige preussische Personalpolitik. Aus den Debatten über den Etat des Ministeriums des Innern vom Jahre 1913 bewies er dass noch damals unter dem Kabinett Bethmann-Hollweg Konservative, Freikonservative und Nationalliberale Stein und Bein über die Bevorzugung des Adels, des Geldsacks und der guten Beziehungen in der preussischen Verwaltung geklagt hätten. Diese Misstände habe eben jetzt nach dem Weltkrieg die Sozialdemokratie abgestellt, und nun auf einmal soll es wieder nicht recht sein!

Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr.